

Sozialdemokrat

Eingelprei 70 Heller (einfache 5 Heller Porto)

Aus dem Inhalt:

Die Brüner SdP-Opinion

Optimistische Wirtschaftsprognose des Nationalbank-Gouverneurs

Episoden aus dem spanischen Bürgerkrieg

Wirtschaft der Welt

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Gochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Sonntag, 28. Feber 1937

Nr. 51

Nur noch Reste von Oviedo im Besitz der Aufständischen

Madrid. In Oviedo bombardierte die Artillerie der Regierungstruppen die Reste der Aufständischen, die im Zentrum der Stadt noch von den Aufständischen besetzt sind. Gleichzeitig wurde die Munitionsfabrik La Vega bombardiert, welche für die Munitionsversorgung der Aufständischen von großer Bedeutung ist. Ein Teil der Fabrik wurde in der Nacht auf Samstag besetzt, um den anderen Teil wird erbittert gekämpft.

Am Freitag verstärkte sich der Druck der Regierungsinfanterie und Artillerie im Jarama-Abschnitt. Zweck der Aktion war es, die sich bei Valdemoro Maranosa und Morata del Tajuja konzentrierenden Aufständischen zu zerstreuen. Die Regierungstruppen besetzten einige feindliche Stellungen am linken Flügel dieses Abschnittes.

An der Somosierra-Front gab es kleinere Feuergefechte. An der Guadalupe-Front und der Guadarama-Front wurden die Zufahrtsstraßen, auf welchen die Aufständischen ihre Reserven versammelten, beschnitten. Dieselben Beschnitte langen vom Abschnitt Casa del Campo und Uxera ein, wo die Aufständischen 300 Tote zu verzeichnen hatten. Bei Montolva versuchten sie einen Angriff auf die Regierungstruppen, wurden aber zurückgeschlagen. An der Aragon-Front beschoß Aufständischen-Artillerie ohne Erfolg die Regierungstruppen.

Auf eine Mine gelaufen

London. (Reuters.) Das Londoner Büro der Schiffahrtsgesellschaft Union Castle hat die Nachricht erhalten, daß ihr Dampfer „Lanover Castle“ an der spanischen Küste auf eine Mine aufgelaufen und am Bug schwer beschädigt worden ist. Eine spätere Nachricht besagt, daß der

Dampfer mit eigener Kraft nach Port Vendres gefahren und stark zur Seite geneigt dort eingetroffen ist.

Regierungskrise in Valencia?

Havas verbreitet die nachstehende Nachricht: Ministerpräsident Largo Caballero veröffentlichte Freitag abends ein umfangreiches Dokument, in welchem er bekannt gibt, daß er sich gezwungen sehen würde, seine Demission zu geben, wenn auch weiterhin bestimmte Hemmnisse zusammenwirken würden, die nach seinen Worten die gegenwärtige Aktion der Regierung hindern. Das Kommuniqué gelangte auf Grund einiger Besprechungen zur Ausgabe, welche Largo Caballero mit verschiedenen Mitgliedern der Regierung im Laufe des Freitag-Vormittags hatte. Er empfing nacheinander vier Minister, die die Vorkände der nationalen Arbeitskonföderation sind, den Vertreter der linksrepublikanischen Partei Minister Giral, hierauf den Vertreter der katalanischen Linken Aiguada und die Vertreter der Sozialisten Alvarez und Galar. Der Vorsitzende der Regierung verhandelte mit sämtlichen seinen Mitarbeitern und obwohl er von ihnen vollkommene Zusicherungen erhielt, unterbreitete er dennoch die erwähnte Erklärung der öffentlichen Meinung.

Im Hinblick auf das Vertrauen der Partei, der Volksfront und der Gewerkschaftsorganisationen erweist sich der Vorkändel der Regierung eines viel größeren Vertrauens als der Präsident der Republik. Wenn er seine Demission geben sollte, würde eine ernsthafte Krise zum Ausbruch kommen als eine gewöhnliche Regierungskrise.

England und die nazistischen Umtriebe in der CSR

Unter diesem Titel veröffentlicht der Brüsseler „Peuple“ eine aus London datierte Sava's-Meldung, in der es heißt:

„Die Aufmerksamkeit der englischen diplomatischen Kreise richtet sich stark auf die „judendeutschen“ Absichten in der Tschechoslowakei. Das eben zwischen der Prager Regierung und den kommunistischen Parteien der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei geschlossene Abkommen ist in London mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden, aber das Unbekannte bleibt für die englische Meinung die Haltung der Sudetendeutschen Partei. Wenn die englischen diplomatischen Kreise bisher immer der Meinung waren, daß gewisse Forderungen dieser Partei teilweise gerechtfertigt wären, so sind sie jetzt der Ansicht, daß das nunmehr mit den anderen Gruppen der judendeutschen Minderheit

abgeschlossene Abkommen auf Grundlagen verfaßt ist, die ebenso für die Partei Feindes annehmbar sind. Weigert sie sich, diese Grundlagen anzunehmen, so wird sich der Eindruck befestigen, daß zwischen den Feindes und den reichsdeutschen Nationalsozialisten ein Einverständnis besteht.

Wohlinformierte politische Persönlichkeiten geben zu erkennen, daß die Referve, die englischerseits angesichts der reichsdeutschen Kundgebungen und Propaganda-Methoden in der Tschechoslowakei an den Tag gelegt wird, keineswegs als ein Beweis der Gleichgültigkeit gegen ein Problem angesehen werden darf, das im Gegenteil die volle Aufmerksamkeit der kompetenten Stellen auf sich lenkt.“

Diese Havas-Meldung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie beweist klipp und klar, daß die Zeit der englischen Dämonisierung durch Henlein und Ruzha endgültig vorbei ist. Man weiß jetzt in London, daß und wie weit die SdP-Gehe, die gerade jetzt wieder aus Anlaß der nationalpolitischen Richtlinien entfaltet wird, nicht sachliche Gründe hat, sondern ihre Ursache vielmehr in dem blinden Schorlam, den die Führer der SdP der Berliner Nazi-Diktatur zu schulden vermehren. Es ist erfreulich, daß die Weltöffentlichkeit nunmehr immer deutlicher sieht, was

da gespielt wird, und die Aufmerksamkeit für die Vorgänge in der Tschechoslowakei erhöht, aber durchaus nicht in dem Sinne, für den die Sudetendeutsche Partei lange genug, aber nun endgültig vergeblich vor allem in London Kesseln zu machen versucht.

„Robotnik“ über die deutsch-tschechische Verständigung

Warschau. Das Hauptorgan der polnischen sozialistischen Partei „Robotnik“ schreibt in einem „Verständigung mit den Minderheiten“ betitelten Artikel u. a. über die jetzt zustandgekommene Verständigung mit den deutschen Aktivisten in der Tschechoslowakei folgendes: Angesichts der Verständigung mit den Deutschen werden auch andere Minderheiten in der Tschechoslowakei nicht anders als die Deutschen behandelt werden. Es ist ein unbestreitbarer Anspruch der Polen in der Tschechoslowakischen Republik, daß sie die gleichen Rechte wie die Deutschen erhalten. Jedenfalls schreibt die Minderheitenpolitik der Tschechoslowakei ganz andere Wege als in den faschistischen Ländern, welche die Tschechoslowakei umgeben. Dafür gebührt der Tschechoslowakei Anerkennung.

Erfolg der Arbeiter in Fünfkirchen

Budapest. Samstag vormittags fanden beim Industrieminister Borna eine Besprechungen mit den Vertretern der Generaldirektion der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft über die Lohnforderungen der Fünfkirchner Bergarbeiter statt. Wie über diese Besprechungen amtlich mitgeteilt wird, wird die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, der die Fünfkirchner Kohlengruben gehören, ihren dortigen Bergarbeitern die 8-Prozent ausmachenden Lohnabzüge, beginnend mit dem 1. März d. J. wieder abzuschaffen, so daß die Arbeit in den Fünfkirchner Kohlengruben voraussichtlich am Montag der kommenden Woche wieder aufgenommen werden wird.

Die grosse Chance der Sudetendeutschen

w. J.— Die Stimmung in den demokratischen Ländern Europas weist ein gemeinsames Merkmal auf: die tiefe und große Sehnsucht der Völker nach einem dauerhaften Frieden. Damit ist eine Entwicklung ausgereift, die von den grauenvollen Ergebnissen des Weltkrieges ihren Ausgangspunkt nahm. Zuerst mühten Berge des Hasses abgetragen werden. Bei den englischen Wahlen des Jahres 1919, die unter der verdrückten Losung des siegestrunkenen Bürgertums geführt wurden: „Deutschland muß alles bezahlen“, wurde die Arbeiterpartei schwer geschlagen. In Frankreich führten die Sozialisten einen ehrenvollen aber durch viele Jahre erfolglosen Kampf gegen den Geist von Versailles, gegen die Mißbefehle, gegen die sinnlose Schikanierung des republikanischen Deutschland. In England, in Frankreich wie in Belgien führten die Arbeiterparteien leidenschaftliche Feldzüge für die Abrüstung der Siegerstaaten durch, die aber an dem Ball des Mißtrauens scheiterten, der auch das besiegte Deutschland umgab. Man soll heute nicht über Bergangenes rechten. Der Durchbruch des ersten Friedensgeistes in den westlichen Demokratien kam zu spät, um die schwer bedrängte Weimarer Republik noch retten zu können. Soviele aber erscheint gewiß, daß dieser Durchbruch auch gelungen wäre ohne die Weltergreifung Hitlers, ohne die deutsche Wiederaufrüstung und Kriegsandrohung.

Nun stehen die Völker rings um Deutschland seit Jahr und Tag im Banne der nazistischen Medanchepolitik. Die Abrüstungsbewegung ist tot. Auch der eingeselechte Pazifismus der britischen Arbeiterpartei, der vielfach tief in achtenswerten religiösen Motiven wurzelt, mußte widerwillig der neuen Lage Rechnung tragen. Nunmehr werden auch in den westlichen Demokratien, teils unter offener Beteiligung, teils unter stillschweigender Zustimmung der breitesten Volksmassen unerhörte Summen für neue Gegenleistungen ausgeworfen. Niemand will einen Krieg mit Deutschland. Kein ernstzunehmender Politiker in den bedröhten oder interessierten Ländern will jedoch einem Angriffsfeldzug des nationalsozialistischen Regimes unvorbereitet gegenüberstehen. Immer noch hofft man an allen maßgebenden Stellen, die nazistische Kriegsandrohung durch ein erdrückendes militärisches Übergewicht in Schach halten zu können. Immer noch bleibt die Möglichkeit eines von den ausweglosen Machtverhältnissen des Dritten Reiches inszenierten Verzweiflungskrieges offen. Seit dem Verlangen der deutschen Kriegsverweigerer auf den spanischen Schlachtfeldern gibt es keinen Zweifel mehr, daß ein solches wahnwichtiges Abenteuer mit einer fürchterlichen Niederlage Deutschlands enden würde. Doch selbst unter solcher Perspektive wünscht kein sozialistischer oder demokratischer Politiker des Westens den Krieg. Nach wie vor herrscht in diesen Kreisen ein starker Optimismus vor, daß es durch Geduld und Festigkeit möglich sein wird, an der drohenden Katastrophe eines zweiten Weltkrieges vorbeizufahren. Die Erklärung für diese Haltung ist leicht zu finden: Es besteht weder in Frankreich oder in England oder sonstwo auch nur der geringste Haß gegen das deutsche Volk. Ja man kann in jeder Pariser Arbeiterversammlung, genau so wie bei den Männern der britischen Arbeiterpartei oder in den Reihen der Konservativen, geradezu einen inbrünstigen Glauben antreffen, daß ein guter Geist das deutsche Volk davor zurückhalten wird, sich in ein selbstmörderisches Abenteuer stürzen zu lassen. Man ist in Paris und London ebenso fest davon überzeugt wie in Prag, daß auch die Massen des deutschen Volkes keinen Krieg wollen und sich nach einem friedlichen Ausweg sehnen.

Unter diesem Gesichtswinkel wird im Westen auch die sudetendeutsche Frage beurteilt. Es bedurfte keiner marxistisch-revolutionären Propaganda, um dort von dem Dasein und von der Lage der Sudetendeutschen erste Kunde zu geben. Man kennt schon längst die gute Qualität unserer Arbeit. Die tüchtigen Handarbeiter von Grabs und Weipert, von Haida-Steinschnau, von Gablona und Trauttau, der Bauernfleiß des Saazer Landes, die Vorzüge unserer Weltkurorte haben den Ruf der Sudetendeutschen in die Welt hinausgetragen. Man schätzt uns als ein arbeits-

freudiges, strebsames und rechtschaffenes Volk. Die musterwürdige Mitarbeit unserer Organisationsbewegungen in allen Zweigen der internationalen Arbeiterbewegung hat uns viele Freunde gewonnen. Namen wie Adolf Pohl und Jarolim waren den Bergarbeitern Frankreichs, Belgiens, Englands und Polens wohl vertraut. Man weiß, daß in Reichenberg einer der solidesten Textilarbeiterverbände des Kontinents seinen Sitz hat. Fast jeder der bedeutendsten Gewerkschafter des Westens und Skandinavien war schon zu Gast bei unseren Kongressen. Wie es schon in der Natur der leider wenig propagandastüchtigen Sozialdemokraten liegt, haben wir mit all diesen vielen freundschaftlichen Verbindungen nie gekraft oder es als Selbstzweck hinausposaunt, wenn uns mal ein Engländer die Hand gedrückt hat.

Dazu kommt noch ein wichtiges Moment. Zahlreiche französische und englische Gelehrte, Publizisten und Volkswirtschaftler beschäftigen sich seit Jahren und Jahrzehnten mit dem Studium der Probleme Zentraluropas. Man kennt in den Londoner und Pariser Gelehrtenstuben die nationalpolitischen Werke des südböhmischen Kleinbauernsohnes Dr. Karl Renner entschieden besser als in den Hallen der Prager deutschen Universität. Auch eine junge Generation englischer und französischer Schriftsteller hat sich nach dem Kriege eifrig mit dem Studium kontinentaler Fragen befaßt. Sie wissen um die inneren Probleme der Nachfolgestaaten über und die Philosophie und die politischen Schriften Masaryks jedenfalls mehr, als der übergroße Teil unserer sudetendeutschen Intelligenz. Solche Leute wissen auch um das ökonomische und soziale Problem der Sudetendeutschen ausgezeichnet Bescheid. Sie kennen uns als die schwersten Leidtragenden des Zerfalls des österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes, als die Opfer der Politik des ökonomischen Nationalismus, die derzeit überall und am schlimmsten im Reich der Vierjahrespläne traurige Triumphe feiert. Herr Sandner hat einmal erklärt, nur ein Dbiot könne die Not unserer Randgebiete mit der Weltwirtschaftskrise in Zusammenhang bringen. Er würde bei näherer Betrachtung peinlich davon überrascht sein, wieviel derartiger „Dbioten“ in den europäischen Hauptstädten herumlaufen.

So läßt sich bei einem Rundblick durch das demokratische Europa die erfreuliche Feststellung machen, daß das werktätige Sudetendeutschum in der Tat große Sympathien genießt und daß sein schweres Nachkriegsschicksal mit ehlicher Anteilnahme verfolgt wird. Diese Sympathien sind in sozialistischen und wahrhaft demokratischen Schichten am stärksten ausgeprägt. Léon Blum hat anlässlich der jenen abgeschlossenen Vertragsverhandlungen durch sein persönliches Eingreifen bewiesen, daß er für die Exportnöte unserer industriellen Randgebiete mehr praktischen Verständnis besitzt als gewisse Herren, die für die „Brüder in Not“ nur die Tiraden des Leipziger Senders und die Dreimarktsperre übrig haben. Allzulange haben wir gebuddelt, daß Ehrendoktoren des Dritten Reiches und Todfeinde unserer treuen sozialistischen Arbeiter diese demokratisch-sozialistischen Sympathien für ihre Parteireklame auszunutzen versuchten. Damit mußte einmal Schluss gemacht werden, ganz ohne Rücksicht darauf, ob dies gewissen politischen Berufsreisenden in den Kram paßt oder nicht.

Denn an diesem Punkt beginnt die wahre Gefahr für die Sudetendeutschen und ihre große europäische Chance. Wir können uns die echten Sympathien des demokratischen und sozialistischen Westens nur erhalten und für unseren wirtschaftlich-sozialen Existenzkampf sichern als ein Element des Friedens in Zentral- und Europa. Darum wurden auch die in Prag geführten nationalpolitischen Verhandlungen in den demokratischen Hauptstädten mit großer Aufmerksamkeit und mit dem offenen Wunsch nach einem guten Gelingen verfolgt. Die nationale Befriedigung in der Tschechoslowakei ist der Herzenswunsche aller europäischen Friedensfreunde. Wenn wir den einmal eingeschlagenen mühevollen Weg der Verständigung erfolgreich weiter beschreiten, dann ist uns auf einem befriedeten Konti-

nem nicht nur ein guter politischer Ruf, sondern auch ein fester wirtschaftlicher Existenzboden gesichert. Die Herzlichkeit, mit der ein demokratischer Politiker gerade bei den besten Freunden der Sudetendeutschen begrüßt wird, ist wachsende Erinnerung für den sudetendeutschen Aktivist, seiner europäischen Friedensmission mit panzer Gänge zu dienen. Als Agenten des neudeutschen Imperialismus, die etwa die Auflösung des Friedensbundes Paris—Prag—Moskau als Preis einer Verständigung mit Prag nennen, hätten Abgesandte des Sudetendeutstums bald gründlich ausgespielt. Im Friedensstörern hat das friedliebende Europa kein Interesse. Deshalb wird auch das Echo des ersten innerpolitischen Ver-

ständigungsversuches vom 20. Februar vom internationalen Ausland sehr kritisch verfolgt. Jede sudetendeutsche Partei möge jetzt ruhig Farbe bekennen, ob sie ihre Sendung darin erblickt, dem Schwergewicht der Völkerverständigung oder den nazistischen Unruheherden zu sekundieren. Jede sudetendeutsche Partei hat nun die Möglichkeit, vor dem eigenen Volke und vor der europäischen Öffentlichkeit den Beweis anzutreten, ob sie einen Beitrag zur friedlichen Entwirrung leisten will, oder auf eine Katastrophe spekuliert. Und je der Völkerverständigung möge wissen, daß er die Entscheidung vor dem eigenen Gewissen zu treffen hat!

Diskussion um Oesterreich und Habsburg

Paris. Zur Unterredung des französischen Außenministers Delbos mit dem österreichischen Gesandten in Paris Bollgruber erzählt „Petit Parisien“, daß die Unterredung sich hauptsächlich auf die durch die jüngste Rede des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg und durch den Besuch des deutschen Außenministers Neurath in Wien geschaffene Lage in Oesterreich bezog. Delbos soll mit Bollgruber auch die Probleme in Mitteleuropa besprochen haben. „Petit Parisien“ fügt hinzu: In Wien ist bereits seit langem die Anschauung Frankreichs über das österreichische Problem und die Frage der Restaurierung der Habsburger bekannt. Frankreich blickt auf diese Probleme unter demselben Gesichtspunkt wie die Staaten der Kleinen Entente, welche an erster Stelle ein Interesse an der Erhaltung der guten Beziehungen zwischen allen Staaten Mitteleuropas haben.

Bertinax führt im „Echo de Paris“ aus, daß der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg ein Abkommen mit den Staaten der Kleinen Entente abgeschlossen hätte, wenn Mussolini nicht im Jahre 1936 eingeschritten wäre. Bertinax bedeutet, daß dieser Plan unter den gegenwärtigen Umständen wenig Hoffnung auf Verwirklichung hat. Das Blatt teilt weiter mit, daß der österreichische Unterstaatssekretär im Außenministerium Dr. Schmidt einen halbamtlichen Besuch in Paris zu machen beabsichtigt, wo er offensichtlich an die westeuropäischen Mächte zugunsten Oesterreichs appellieren will. Bertinax sagt, daß dieser Appell leider zu spät komme.

„Action Française“ schreibt: Wenn das „Giornale d'Italia“ die Ansichten der italienischen Regie-

rung genau wiedergibt, scheint es, daß Mussolini vor Deutschland zurückgewichen ist und eine Stellungnahme gegen die Rückkehr der Habsburger eingenommen hat. Dazu hat er sicherlich gewisse Gründe, aber keiner ist so stark, daß sie ihn von einem Problem aus den Augen gelassen werde, das früher oder später aufzutauchen wird, d. i. das Problem der gemeinsamen Grenzen mit Deutschland. „Figaro“ glaubt, daß Mussolini, indem er die Rückkehr der Habsburger ablehnt, glaubt, damit weitere Fortschritte bei den Verhandlungen in Venedig und Bukarest zu erzielen. Die Achse Rom-Berlin, sagt das Blatt, dient Italien eher nur dazu, um Frankreich in Schach zu halten, England zu benehmen und aus diesem Spiel möglichst viel Nutzen zu ziehen. Der Duce spielt jedoch ein gewagtes Spiel und wenn er in Ruhe das Dritte Reich in Oesterreich einsehen wolle, wird er nur die Germanisierung Mitteleuropas erzielen und sein Spiel verlieren. „Eco de Paris“ schreibt: Kanzler Schuschnigg kann sich nicht mehr auf Italien verlassen, das seine Versprechungen nicht hält, und er ist gezwungen, sich der Kleinen Entente zuzuwenden. In keinem Falle hat jedoch die Restauration Aussichten.

Auch Henleinleute unter den Wiener Demonstranten?

Wien. Die „Reichspost“ konstatiert, daß sich unter den Teilnehmern der montägigen nationalsozialistischen Demonstrationen nicht nur Leute aus der Provinz befanden, die drei Schilling pro Person erhielten, sondern auch zahlreiche Heimkehrer aus der Tschechoslowakei.

Völkerverständigung und die Politik der kollektiven Sicherheit beibehalten werden.“

Die Streikbewegung in USA wächst immer mehr

New York. Die Streikwelle in den Vereinigten Staaten steigt immer höher. Streikzentrum ist gegenwärtig die Stadt Detroit in Michigan. Dort sind seit Freitag in zahlreichen Werken neue Streiks ausgebrochen; so in den Maleable-Iron-Werken, in den Thomsonwerken und in einer Porzellanfabrik. Ein Streik der Fahrer von Lieferwagen der Großschlachtereien hat die Versorgung der Stadt mit Fleisch gefährdet. Dem Streik der Fahrer hat sich auch ein großer Teil der Fleischhauer angeschlossen. Angesichts dieser neuen Verschärfung hat der Gouverneur des Staates Michigan Vertreter nach Detroit entsandt, die bei den Streikparteien vermitteln sollen.

361:209 für Blum

Paris. In der Nachtstimmung, die sich bis 2 Uhr nach Mitternacht hinzog, lehnte die Kammer mit 361 gegen 211 Stimmen die Tagesordnung der Rechten und der Linken ab, gegen welche sich der Vorsitzende der Regierung ausgesprochen hatte, und genehmigte sodann die Tagesordnung der Volksfront, durch welche der Regierung Blum das Vertrauen ausgesprochen wurde, mit 361 gegen 209 Stimmen.

Wird Henlein zu Kreuze kriechen?

Ein Hodza-Interview im „Daily Telegraph“

London. Der „Daily Telegraph“ vom Freitag veröffentlichte eine Unterredung seines Korrespondenten mit dem Ministerpräsidenten Dr. Hodza, deren Inhalt sich auf die mit den deutschen aktivistischen Parteien abgeschlossene Vereinbarung und die damit zusammenhängenden Fragen bezieht. Der Korrespondent macht auf den Unterschied zwischen den aktivistischen Parteien und der ČSD aufmerksam, von welcher er sagt, daß sie antidemokratische Tendenzen und Sympathien für den Nazismus verdächtig sei.

Aus der Unterredung mit Dr. Hodza hebt der Korrespondent hervor, daß Dr. Hodza zugeben habe, wenn die Deutschen einigermassen Recht zur Verrücktheit darüber hätten, wie mit ihnen in der Vergangenheit umgegangen wurde, dann würde es sich wohl um die Zahl ihrer Angehörigen in staatlichen Diensten handeln. In dieser Richtung würden genaue Ziffernanfragen über die neue Regierung der Tschechoslowakei die Situation am deutlichsten klarmachen.

Auf die Bemerkung des Korrespondenten über die Beschwerden Henleins, daß seine Partei von der Zusammenarbeit mit der Regierung ausgeschlossen sei, bezeichnete es Dr. Hodza als ein Fehler, daß ein aktiver Führer einer politischen Gruppe wie Henlein es abgelehnt hat, Mitglied des Parlaments zu werden, und die Agitation auf der Straße zu betreiben. Dr. Hodza will keine politische Partei von der Mitarbeit am Werke der Regierung ausschließen, sofern es eine aufrichtige Mitarbeit auf der Grundlage der parlamentarischen Demokratie und der geltenden Verfassung ist. Es liege an den Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei, ihre Forderungen diesen unabänderlichen Prinzipien anzupassen. Wenn sie das tun, hätten sie gemäß der Parlamentarisierung Dr. Hodzas vom November des Vorjahres den Weg zu einem Uebereinkommen offen.

Französische Kommunisten verlangen Einheitspartei unter Moskauer Führung

Paris. In der Pariser Vorstadt Montrouge tagt Samstag und Sonntag das Präsidium der kommunistischen Partei, um über die aktuelle Politik der Partei zu beraten. Außerdem wird über die Frage der Gründung einer einheitlichen proletarischen Partei in Frankreich debattiert werden. Die Kommunisten beharren darauf, daß die neue Partei im Zeichen der Dritten Internationale verwickelt werde, während die Sozialisten auf den politischen Grundsätzen der Zweiten Internationale beharren.



Ras Desta erschossen

Die italienische Truppenexpedition, die nach dem im Süden der abessinischen Hauptstadt auf dem Hochplateau gelegenen Seengebiet entsandt wurde, hat Ras Desta Demtu, den Schwiegerohn des Negus, gefangen genommen und standrechtlich erschossen.

Der Präsident der Republik empfing am 27. Februar d. J. eine Deputation des tschechoslowakischen Olympia-Ausschusses. Sodann wurden dem Präsidenten die Sieger der vorjährigen Olympischen Spiele vorgestellt.

Der französische Handelsminister Paul Bastid wird Montag zwecks Unterfertigung des französisch-tschechoslowakischen Handelsabkommens für das Jahr 1937 in Prag eintreffen. Er ist einer der Führer der Radikalsozialistischen Partei.

Neue Bestimmungen über die Notare. Der Regierungsentwurf, durch welchen einige Bestimmungen der Notariatsordnung abgeändert und ergänzt werden, regelt einige dringende Fragen, deren Lösung schon nicht mehr bis zur Verhandlung des umfangreichen Entwurfes einer neuen Notariatsordnung aufgeschoben werden kann. Insbesondere wird allgemein die Bezeichnung „öffentlicher Notar“ eingeführt. Weitere Bestimmungen betreffen die Garantie (Kaution) der öffentlichen Notare, die auf 50.000 Kč erhöht wird. An Stelle der Garantie kann jedoch ein öffentlicher Notar eine Versicherung gegen alle Schadenerschaftsprühe abschließen, die gegen ihn wegen seiner Tätigkeit als Notar erhoben werden. Weiter wird die Verwaltung der notariellen Depositionen und ihre Revision geregelt sowie ein gemeinsamer Garantiefonds für die subsidiäre Deckung der Schadenerschaftsprühe geschaffen, die aus unberechtigten Manipulationen mit Depositionen entstehen. Auch die Frage der Vereinerung der öffentlichen Notare durch Notariatskandidaten bei gewissen Amtshandlungen wird geregelt. Endlich läßt die Vorlage die Einführung einer autonomen Sozialversicherung der öffentlichen Notare und Notariatskandidaten zu, ähnlich wie dies bereits in dem Gesetz 144/33 hinsichtlich der Advokaten der Fall ist. Die Vorlage wird zunächst im Senat verhandelt werden.

Der Freund

ROMAN VON GREGOR JARCHO

Zwischen dem Haar und den — offenbar ebenfalls gepflegten — Augenbrauen lag sie da, von Falten zerfurcht, wie eine zerfurchte Landschaft im Herbst, und war von einer Farbe, die an nassen Sand erinnerte: graugelb mit grünlichem Schimmer. Da, wo sie abschloß — in den dunklen Augenhöhlen — lagen merkwürdig hellbeinige wasserblaue, stehende Augen; man sah ihnen aus; sah nicht hinein, wenn man nicht etwa trocken wollte oder aufschauen mußte. Die Nase darunter war breit und mit Finnen besät. Es schien, als hinge der pechschwarze dünne Kofalenbart an ihr; über der aufgeworfenen Oberlippe liegend, fiel er hinab — immer dünner und dünner, sich gleichsam begrabend in die Faltende der roten Wangen, denen man anmerkte, daß sie täglich rasiert und gepudert wurden. Das Sinn war weich und doch taubherzig — wie bei einer Nahe. (Dieses Sinn und der Schnurrbart brachten ihn später den Spitznamen „Nater“ ein.)

Der ganze Kopf — stets ein flackerndes Lächeln im Ausdruck — wurde immer ein wenig nach rechts getragen, was dem Direktor etwas Spöttisches verlieh und einen Anflug von Ueber-eitelkeit, die zwar und lächerlich vorkam, bei einer ehemaligen Offizier aber durchaus verständlich war. Zwischen dem Kopf und dem Uniformrock sah man rituelle — von links sogar meistens — den Aragen und die schwarze Halsbinde. Aber es sah sich nicht vorhanden zu sein. Der Krager räumte ihn gleichsam vor. Unter der Kravatte lag eine mächtige, breite und hohe Brust, die richtigen, weichen Schultern waren wie Galgen der

Arme, die wohl in Erregung sich hoben, sonst aber immer hinabhängen, schlaff, nur zu den Händen Leben hindurchleitend, dahin, wo die Finger — keinen Augenblick ruhig, starrend, sich krümmend und stöckend — weiß und gelentig die Hosennaht zu suchen schienen. Aber der Rock war zu lang. Fast bis zum Anie der gedrunghenen festen Gestalt glitt er hinab und ließ dann zwei im Verhältnis zu kurze Beine entstehen in weiten schwarzen, mit Wiesen versehenen Hosen. War man soweit mit den Augen, dann konnte man sich in dem blüh-blanken Schwarz elegantester Schuhe spiegeln. Der Gesamteindruck aber war: schwarzes, feindliches, lauerndes Tier.

So habe ich ihn in Erinnerung. Ich weiß nicht, ob ich recht mit der Vermutung habe, daß sein gewitterhaftes Erscheinere die Luft durchdringt nicht zu reinigen vermocht hatte und sie nur noch drückernd, „bider“ gemacht hatte. Jedenfalls führe ich heute noch verschiedene Selbstmordversuche zu seiner Zeit nicht zu leicht auf den neuen Ton zurück, der in der Lehranstalt angeschlagen wurde und uns in — wenn ich so sagen darf — humanistische Arbeiten verwandelt hatte. Die an sich genügend strenger Vorschriften wurden strenger als je befolgt, die Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern besaßen wirklich eine militärische Färbung. Die straffe Uniformierung sollte auch das Kleingeld in den Seelen erfassen. Und in manchen Fällen gelang das Experiment in der Tat. Leber.

Mein Freund Nikiforow aber hatte längst wie ein reifer und wurmtüchtiger Apfel zwischen Erinnerung und Todesstich geschwankt. Seine Geschichte ist ein kleiner Roman für sich, der es verdient hätte, einmal richtig erzählt zu werden. Ich will ihn hier nur kurz andeuten. Nikiforow war der älteste Schüler in der Klasse. Einmaliger Sohn eines sehr reichen Kaufmanns, der während des russisch-japanischen Krieges durch geschickte Spekulationen und Armeelieferungen noch reicher geworden war, konnte er sich das Leben schon in einem Alter

leiten, in dem die meisten sich erst für irgendein Leben vorbereiten. Er interessierte sich für Musik und schöne Frauen mehr als für die Schulfächer, „sah“ in jeder Klasse zwei, mitunter auch drei Jahre und hatte zu jener Zeit gerade das neunzehnte Lebensjahr erreicht. Seine Eltern hingen an ihm mit einer fast krankhaften Liebe. Nur wirklich Unmögliches taten sie nicht, wenn er es verlangte. Als er sechzehn wurde, hatte sein Vater ein Gut nicht weit von der Stadt erworben, zog um und ließ den Sohn allein mit einer älteren Tante in der riesigen Stadtwohnung. Damit er — „Gott behüte“ — nicht irgendwie krank werden sollte, wurden drei junge, hübsche Zimmermädchen zur Bedienung des „Lieben Weibes“ angestellt, wie man auch sonst alles unternahm, um dem Weib bald den Geschmack an dem Leben, in dem er ein nichts zu kämpfen hatte, gründlich zu verderben. Schon mit achtzehn war er reif für den Selbstmord und hatte sich — dem „einzigsten noch Unerreichten“, dem Tode, entgegengehend — eine hübsche Waffensammlung angelegt. Es war ein sonderbares Bild, dieser gutgenährte, gesunde und doch schlafgütige, müde Junge, mit den unruhig flackernden Augen, der seinen seitwärts gerichteten schwarzen Kopf über die Waffenscheibe und gleichsam wählte, welchem von den nur scheinbar leblosen — für ihn sicher lebendigen — Revolvern er das große Los — sein Leben — zuwerfen sollte. Während dieser Periode gab er das Trinken auf und lebte ganz keusch. Da geschah es, daß eins der drei Zimmermädchen, das sich stark in ihn, den im Grunde so gültigen Jungen verliebt hatte, mit geröteten Augen umhergesehen begann. Sie fand keine Ruhe mehr — gejagt von sich selbst, verfallen einer Leere, die sie — wie Feuer von ihm kommend — umfachte, bi' sie schließlich zu uns, seinen Freunden, lief und um seine Rettung flehte.

Da nahmen wir uns seiner an. Liehen ihn nicht mehr allein. Vertragen, daß er vor kurzem noch als „steinreicher Linnel“ gegolten hatte, fanden ihn näher, gewannen ihn lieb und ver-

suchten, ihm Wege zu zeigen in Gebiete, die ihm bisher fremd gewesen waren. Körperliche Genüsse widerten ihn an. Er war überfett. Es galt, seinen in Musik eingekerkerten Geist zu erschließen. Der erste Versuch, ihn für die Freiheitsbewegung zu gewinnen — mißlang. „Das ist zu lange und zu langweilig. Wäre ich selbständig — wäre ich Herr unseres Vermögens und nicht mein Vater — ich könnte es verdienen oder der Revolution geben. Das wäre kurz und klar. Agitieren aber, aufklären — arbeiten, das kann ich nicht. Noch nicht“, fügte er mit einem Lächeln hinzu, das wie eine Entschuldigung war. Dabei blickte in seinen Blicken ein Wille, gemischt mit einer Traurigkeit, die wohl aus seinem Mißtrauen gegen sich selbst wuchs. Dafür fand er in der Literatur, die er bis dahin nur in Form von Schulaufgaben und Räubergeschichten kennen gelernt hatte, ein ungeahnt weites, scheinbar überhaupt endloses Feld neuer aufstrebender Genüsse. Da ich es war, der mit mehr oder weniger Geschick ihn Gutes zu suchen und vom Minderwertigen zu unterscheiden gelehrt hatte, wurde ich bald sein bester Freund und Berater. Es gab wohl nichts, was er mir nicht erzählte. „Du bist ein Schutthausen, meine verlaterte Seele sucht dich, wenn sie sich entleeren muß“, pflegte er mit einem breiten Lächeln zu sagen. „Aber wenn es so weit ist — riechst du nicht nach mir, sondern ich nach dir.“ Es war etwas dorb, aber gut gemeint. Er begann sogar an unserer Zeitschrift mitzuarbeiten und sicherlich dachte er ab und zu im stillen daran, sich ganz der Literatur zu widmen. „Die Literatur von der Bibel bis zu Tolstoj und Dostoj“, er konnte alles das in einem Atemzug nennen, die unverdorbene Seele. „Die Literatur ist die größte, die einzig wirkliche Trösterin auf dieser Welt. Ich bin ihr mich selbst schuldig!“ Wie wäre es ihm möglich gewesen, nicht zu wünschen, diese Schuld einmal zu begleichen? (Fortsetzung folgt).

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Um ein Linsengericht verkauft...

Diese Ueberschrift steht über den Kommentaren der „Rundschau“ zu den deutsch-tschechischen Verhandlungen. In diesen „Kommentaren“ wird das Ergebnis der Verhandlungen insbesondere vom SdP-Generalsekretär Bonafant abgelehnt mit der Begründung, daß der Inhalt der Vereinbarungen nur „Selbstverständlichkeiten“ betreffe.

Immerhin sind es jene „Selbstverständlichkeiten“, für welche die Genleinpaietei schon seit ihrem Bestand — mit Verlaub so sagen — „kämpft“ und deren Anerkennung sie zwischen durch als ihren Erfolg ausgibt, wie überhaupt so sagen ist, daß die Weisheit der Genleinpaietei zu gewissen Zeiten keine Grenzen kennt. Bei der Präsidentschaftswahl waren sie bereit, die Interessen des ganzen Sudetendeutschums und vor allem ihres „grundfähigen“ Forderungen, die sie heute den Aktivisten gegenüber herausstreichen, um Ministerposten zu verkaufen. Da gab es keinerlei Bedingungen als die, daß man sie als „Jünglein an der Waage“ anerkenne und verwende.

Die „Rundschau“ scheut aber in ihrem Bemühen, die Vereinbarungen zu entwerfen, auch vor niedrigen Taktstücken nicht zurück. Sie unterschlägt nämlich den vollen Wortlaut der Vereinbarungen und greift aus ihm Sätze heraus, die nach ihrer Ausdeutung den „Vertrag“ der aktivistischen Parteien am Sudetendeutschum beweisen. So zitiert sie den Satz, in dem es heißt, daß die Regierung „der wirtschaftlichen Situation jener Gebiete, die von der Weltkrise einiger Zweige der Industrieproduktion betroffen sind, ganz besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge widmet“ und deduziert, die deutschen Regierungsparteien hätten durch die Mitautorenschaft an diesem Satze anerkannt, daß bis heute alles geschehen sei, was geschehen konnte, um den deutschen Gebieten zu helfen. Die „Rundschau“ unterläßt es nicht, die Mitteilung des Kommunique, daß die Regierung auf die Beschäftigung der arbeitsfähigen Arbeiter und Unternehmer achten werde! Uns dünkt aber, daß die Arbeiter an der Einhaltung dieses Versprechens viel härter interessiert sind als an allen „grundfähigen“ Zitaten der Genleinpresse.

Es kommt aber noch schöner! Die „Rundschau“ wirft den deutschen Regierungsparteien vor (1), daß sie die bedingungslose Loyalität zum Staate als selbstverständliche Voraussetzung des Rechtes der nationalen Minderheiten anerkannt haben!

Was soll dieser Vorwurf? Besonders dann, wenn ihn so eifrige Loyalitätsverkünder wie die Genleinpaietei äußern? Nun, er ist unseres Erachtens nichts anderes als die gründlichste Selbstentlarbung der Genleinpaietei und ihrer „Rundschau“. Die Loyalität zum Staate wird von der „Rundschau“ als etwas Verächtliches hingestellt, dessen Anerkennung die deutschen Regierungsparteien in den Augen des Sudetendeutschums herabsetzen soll! Die Loyalität zum Staate ist aber eine jener Selbstverständlichkeiten, über die es keine Diskussion geben kann, und wenn die Genleinpaietei die deutschen Regierungsparteien ob dieser Loyalität verspotten zu können glaubt, so beweist sie damit nichts anderes, als daß sie in der tschechoslowakischen Demokratie ein Fremdkörper ist und daß sie die Loyalität zum Staate als ihren Grundfuß verflucht. Mit diesem Bekenntnis müssen nicht wir uns des langen und breiten auseinandersetzen. Das ist vielmehr, dünkt uns, eine Aufgabe des Staates und seiner Organe.

Aus jeder Zeile der „Rundschau“ spricht die Wut darüber, daß die deutschen Regierungsparteien den Erfolg heimtragen und nicht die SdP, und die Sorge darüber, daß die deutsch-tschechischen Vereinbarungen ein Nagel zum Sarge der SdP werden könnten. Diese Wut läßt die Schreiberlinge der „Rundschau“ jede Bestimmung vergessen. Selbst „Kaffis“ und „Kooftmichs“ müssen als ihre Bundesgenossen ausdrücken und man kann sagen, daß sich diese Bundesgenossenschaft nicht schlecht ausnimmt.

Wir freuen uns des Wutanfalls der „Rundschau“! Es wäre schlimm gewesen, wenn diese Wut für uns ein Lob bereit gehabt hätte. Gelobt werden von ihm bekanntlich nur die Lumpenhunde!

Institut für deutsche Volksbildung in der CSR

Samstag, den 20. März, eröffnet das Institut für deutsche Volksbildung in der Tschechoslowakischen Republik seine Tätigkeit durch eine zeitgemäße Arbeitstagung, die sich mit aktuellen Themen der Volksbildung befassen wird.

Am gleichen Tage veranstaltet das Institut eine besondere Kundgebung, die als ein wichtiger Bestandteil der Eröffnung des Institutes gedacht ist. Das Programm wird in den nächsten Tagen mitgeteilt werden. Einladungen zu dieser Eröffnungsfestfeier können schon jetzt persönlich oder schriftlich bei der Zentralkasse des Institutes, Prag II, Károvní st. 10 (Palais Donau), reflektiert werden. Telephonisch nur in der Zeit von 15 bis 17 Uhr auf die Nummer 441-41.

Die „Volksgemeinschaft“ der Brüner SdP geborsten

Enttäuschte Arbeiter erheben flammenden Protest gegen „SdP-Bonzen im Speck“

Seit Monaten gärt es in der Brüner Genleinpaietei. Mit brutaler Gewalt versucht die herrschende Elite den elementaren Ausdruck der Unzufriedenheit in den eigenen Reihen zu unterdrücken. Wer sich ihr entgegenstellt, wird rücksichtslos beseitigt. So blieben die Damm, Nientels, Gemalas, Wenzel usw. auf der Strecke und all ihr Bestreben, sich vor einem Ehrengericht der Partei zu verantworten, bleibt vergeblich. So gehen diese in ihrem Berechtigtheitsempfinden verletzten und enttäuschten Arbeiter und Arbeitervertreter den Weg der offenen Rebellion.

Freitag fand nun die erste öffentliche Kundgebung dieser Oppositionellen gegen die SdP-Leitung statt. Bei der Vorbereitung dieser Versammlung lernten sie erst recht den Fehler ihrer Parteiführer kennen. Das „Deutsche Haus“ und der „Schubertbund“ verweigerten ihnen ihre Lokalitäten, deutsche Trudereien lehnten es ab, ihre Flugblätter zu drucken und so mußte die geplante öffentliche Versammlung immer wieder verschoben werden. Doch diese Schwierigkeiten konnten die Abhaltung der Versammlung nicht verhindern und so erfuhr am Freitag die breite Öffentlichkeit von den schweren Vorwürfen der Opposition gegen die offizielle SdP-Leitung. Ungefähr 800 Oppositionelle hatten sich bei der Versammlung eingefunden. Damit ist der Versuch der SdP-Leitung, die Opposition zu bagatelisieren, mißglückt. Als Redner traten Nientel, Damm, Wenzel und Gemala auf; alles gewesene Funktionäre der Genleinpaietei. Volle drei Stunden waren notwendig, um die schweren Anschuldigungen gegen die SdP vorzubringen. Orts-, Bezirks-, Kreis- u. Reichsleitung blieben nicht verschont. Vor allem war es der gewesene SdP-Kreisleitungsvertreter der Arbeiter, der an Hand zahlreicher Dokumente nachwies, wie die Arbeiter in der SdP mißbraucht werden. Aber auch die übrigen Redner wählten interessante Dinge aus der Hauslichkeit der Genleinfaschisten zu erzählen: „Man verlangt vom

Staat, er möge sich um die deutschen Arbeiter kümmern, die SdP überbürdet sich in radikalen Forderungen, es regnet Interpellation auf Interpellation; warum interpelliert die SdP nicht bei den SdP-Kameraden Unternehmern, die Funktionäre der SdP sind?“ So lautet die Frage des ehemaligen Gemeinderates der SdP Karl Damm. Sonntags sind sie „Kameraden“, wochentags „Ausbeuter“, diese Herren SdP-Unternehmer. Wie sich die Herren SdP-Mandatäre Politik vorstellten, wurde an folgendem Beispiel Marquardt: Die erste Tat des Brüner SdP-Gemeinderates Pelikan war, noch auf seine Funktion, von einem Gemeindeunternehmen billigeres Heizmaterial zu verlangen. Was da an nicht berechneten Kränkchen und sonstigen strafbaren Handlungen ans Tageslicht kam und bis zum heutigen Tage nicht bereinigt wurde, ist gerade erschreckend. Angesichts dieser furchtbaren Anlagen ist es auch begreiflich, warum die eingeladenen Hauptfunktionäre der SdP nicht erschienen waren. Das vorgebrachte Material war so erschreckend und für die SdP-Funktionäre so beschämend, daß ihr feiges Ausbleiben, obwohl sie eingeladen waren, nur als schuldbehaftetes Schweigen gewertet werden kann. Wir werden auf die Einzelheiten noch zurückkommen. Was rein politisch an Hand der SdP-Flugblätter vorgebracht wurde, zeigt, daß die Arbeiter in der SdP zu denken beginnen Worte und Taten gegenüberstellen und die Reihen der SdP verlassen.

Den Weg, den die Opposition einzuschlagen gedenkt, eine neue Arbeiterpartei auf völliger Grundlage zu gründen, ist sicherlich falsch. Wenn die Kapitalisten international sind, und davon haben sich diese Arbeiter überzeugt, so gibt es nur eines, unter dem Bann der Sozialdemokratie für eine internationale Verständigung der Arbeiter zu wirken, für die klassenlose Gesellschaft, der wahren Volksgemeinschaft, zu kämpfen.

Deutschdemokraten begrüßen das Verständigungswerk

und rücken von der „Bohemia“ und von Dr. Bacher ab

Am vergangenen Sonntag war in der „Bohemia“ ein Leitartikel erschienen, der sehr herbe Kritik an den nationalpolitischen Richtlinien übte, sie als „kaputtgelaufenen Anfang“ überschrieb und eine „Enttäuschung“ nannte. Unterzeichnet war dieser Artikel mit „F. W.“, also von Herrn Doktor Franz Wacker, dem Vertreter der Deutschdemokraten in der Landesvertretung.

Im offenen (und erfreulichen) Widerspruch zu dieser Stimme Dr. Wackers in der „Bohemia“ steht die Haltung der in Reichenberg erscheinenden „Demokratischen Stimmen“, die als Organ der DWSG und der Deutschdemokratischen Partei firmieren. Gleich zu Beginn des Leitartikels in diesem Blatte bekommt der „enttäuschte“ Doktor Wacker seine Rektion:

„Die Erklärung der Regierung über den Abschluß der tschechisch-deutschen Verhandlungen hat nur die einzigen schwer enttäuschten, die irgendwelche sensationelle Ergebnisse erwarteten oder die nicht einsehen wollten, daß es im Zusammenleben der Völker nicht anders zugehen kann als im Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsschichten in einer Siedlung oder in einem bestimmten geschlossenen Siedlungsgebiet.“

Weiter heißt es dann in den „Demokratischen Stimmen“, daß die Regierungserklärung einen „ersten Schritt auf einem neuen Wege“ bedeute. „Endlich bahnt sich auch eine bessere Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens an, die eine Voraussetzung für die Erlämpfung aller Lebensrechte des Sudetendeutschums ist. An diesem Kampfe werden auch die Deutschdemokraten teilnehmen, getreu ihrer Tradition, für Deutschum, Demokratie und Freisinn stets unermüdblich einzustehen.“

Die Deutschdemokraten lassen es aber bei diesem Artikel nicht bewenden, sondern veröffentlichen gleichzeitig eine von Prof. Dr. Schmidt und Senator Kosta gezeichnete Erklärung, in der es heißt:

„daß die „Bohemia“ keineswegs als Parteiorgan der deutschdemokratischen Freiheitspartei angesehen ist und daß die entscheidenden aktivistisch eingestellte Partei in der Beratung des Ergebnisses der deutsch-tschechischen Verhandlungen durchaus nicht mit diesem Blatte übereinstimmt, daß vielmehr F. W. darin nur seine persönliche Ansicht und Stimmung zum Ausdruck gebracht hat. Wir kommen in der nächsten Folge unseres Blattes auf diese Angelegenheit noch zurück.“

Die gesamte demokratische Öffentlichkeit wird zweifellos mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen.

daß die kleine Deutschdemokratische Partei also im Interesse der Sache von der oft genug durchschaute „Bohemia“ und von dem eigenen Parteimann Dr. Wacker abrückt, da er wieder einmal in die Irre geht.

Die sozialdemokratische Jugend beim Fürsorgeminister

Samstag vormittags empfing der Minister für soziale Fürsorge, Ing. Rečas, die Vertreter der sozialdemokratischen Jugendverbände und der Jugend der freien Gewerkschaften.

In der langen und inhaltreichen Beratung legten Karl Kern, Frantisek Dvorkal, Kraus, Dr. Pichman, Marek und Wilm dem Minister eine Reihe Forderungen vor, die besonders betrafen: die gesetzliche Regelung des Lehrlingsverhältnisses, die Pensionierung der Heberalterten, die Einführung der Unfallversicherung für die Landarbeiter und die Herausgabe einer modernen neuen Gesinnsordnung, die Aufhebung des gehnpromzentigen Interkalariums der öffentlichen Angestellten, die Durchführung des Schutzes der Soldaten nach dem Präzedenzfall. Weiters wurden behandelt: die Einziehung der Jugendlichen in die Ernährungsaktion, die Unterstützung der durch die Krise am stärksten betroffenen Industriezweige, insbesondere im deutschen Gebiet, die Errichtung von Anstalten für die Schulung und Fortbildung der Arbeitslosen, die Einhaltung des Gesetzes über den Achtstundentag, die Verkürzung der Arbeitswoche und die Erhöhung der Quote der Jugendlichen bei den öffentlichen Arbeiten.

In der Aussprache wurde der Unterschied zwischen der sozialen Fürsorge und der Beschaffung wirklicher Arbeit hervorgehoben. Minister Rečas stimmte mit der Ansprache der Jugendvertreter darin überein, daß die Bemühungen vor allem auf die Beschaffung ordentlicher Arbeit gerichtet sein müssen. Weiters wurde besondere Aufmerksamkeit dem vorbereiteten Entwurf über die Wehrerziehung und den sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Verteidigung der demokratischen Republik gewidmet.

Minister Rečas sprach den Vertretern der Jugendverbände seine Anerkennung aus für die sachliche Vertretung der wirklichen Interessen der jungen Menschen. Die ganze Aussprache stand im Geiste positiver Arbeit für die Jugend. Es wurde die Übereinstimmung zwischen den Vertretern der tschechischen und der deutschen Jugend festgestellt.

Minister Rechas versprach der Aktion der jungen Sozialisten seine Unterstützung. Wir können also sicher sein, daß sie nicht ergebnislos sein wird.

Vom deutschen Schulrundfunk. Aus Anlaß des 87. Geburtstages L. G. Masaryks wird der Schulrundfunk am Samstag, den 6. März, von 10.15 bis 10.45 Uhr aus Prag für die deut-

Dank den Teilnehmern der Arbeiter-Wintersport-Olympiade

Die schönen Tage der Arbeiter-Wintersport-Olympiade in Johannisbad liegen hinter uns. Sie waren ein herrliches Bild der Reife und Stärke der Arbeiterturner und der in der Sozialistischen Arbeitersport-Internationale vereinigten Sportverbände. Sie haben auch gezeigt, daß in der Arbeiterschaft die edlen Bestrebungen nach Körper- und Geisteskultur ständig wachsen. Die Teilnahme der Vertreter von sieben Nationen an der Olympiade ist ein Beweis für die internationale Solidarität der Arbeitersportler und für unseren festen Glauben an den Sieg des sozialistischen Gedankens. Die Wintersport-Olympiade war aber auch eine machtvolle Manifestation der Friedensbestrebungen unter den demokratischen Nationen.

Der unterfertigte Ausschuß dankt auf diesem Weg allen, die auf irgendeine Weise zu dem so durchschlagenden Erfolg unserer internationalen Festlichkeiten beigetragen haben. Er dankt insbesondere allen Wettkämpfern und Wettkämpferinnen aus dem Ausland und auch den einheimischen, welche ihre aufreibende Aufgabe so prächtig erfüllten.

Die Wintersport-Olympiade in Johannisbad war ein glücklicher Beginn der großartigen Feiern, die uns im Juli d. J. in Antwerpen erwarten. Bereiten wir uns alle auf Antwerpen vor und bemühen wir uns, daß besonders die Tschechoslowakei dort möglichst zahlreich vertreten sei.

Auf Wiedersehen in den Tagen vom 25. Juli bis 1. August 1937 bei der Dritten Internationalen Arbeiter-Olympiade in Antwerpen!

Der Ausschuß der Arbeiter-Wintersport-Olympiade in Johannisbad.

Neuer Primarius des Gablonzer Krankenhauses. Zum Primarius für innere Krankheiten am „Jungfer Bezirkskrankenhaus“ wurde Dr. Edmund Tiede ernannt. Dr. Tiede war „Leitender“ am Klinik Prof. Komenbruchs in Prag. Er übernahm das Primariat am 15. März d. J.

Neuer Primarius des Gablonzer Krankenhauses. Zum Primarius für innere Krankheiten am „Jungfer Bezirkskrankenhaus“ wurde Dr. Edmund Tiede ernannt. Dr. Tiede war „Leitender“ am Klinik Prof. Komenbruchs in Prag. Er übernahm das Primariat am 15. März d. J.

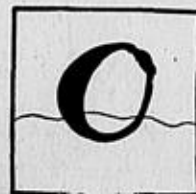
In Kürze:

Warschau. In den letzten Tagen wurden die Repressalien der Behörden gegen die Kommunisten besonders verschärft. Täglich werden nach dem Konzentrationslager in Bereza Kartuska Kommunisten abtransportiert. Außerdem wurden von den Behörden zahlreiche unter dem Verdachte der kommunistischen Propaganda stehende Arbeiterorganisationen, darunter der Verband der Bauarbeiter in Lodz, aufgelöst.

Belgrad. (Kvala.) Ministerpräsident Dr. Stojadinovic erklärte in der Zuspätschau auf die Frage, ob die in der ausländischen Presse aufgetauchten Nachrichten, daß der jugoslawische Befehlshaber in Bularest an dem Begräbnis der zwei in Spanien gefallenen Mitglieder der Eisernen Garde teilgenommen habe, der Wahrheit entsprechen, auf das entschiedenste, daß es sich bei diesen Nachrichten um bloße Erfindungen handle.

Paris. Der „Figaro“ meldet, daß die britische Regierung durch Vermittlung ihrer Botschafter in Rom und Berlin die italienische und die deutsche Regierung daran erinnerte, daß sie bisher auf die englischen Memoranden vom 4. und 10. November des Vorjahres betreffend die Einleitung von Verhandlungen, die zum Abschluß eines neuen Locarno-Vertrages führen sollen, noch nicht geantwortet haben.

Ergebnisse



Nicht Null Zero. Was Neues mit noch Berlin brachte



Nicht Null Zero. Voranieren war ich italienischer Soldat, neben war ich Arbeiter und heute bin ich spanischer Präsidentenlehre.



Wohlfühlen. Das Ergebnis sozialistischer Politik.



Vogelbraut-Wahl. Genießen nicht sehen, wie die Weltunterung sich ändert...

Indizienprozeß nach elf Jahren

Zusammenbruch der Anklage

Brag. — Vor elf Jahren, im Jahre 1926, gelang einem Richter, der äußerst methodisch vorgeht und genaue Kenntnis der komplizierten Manipulation des Postfachamtes (der heutigen Postparafasche) bewies, ein großangelegtes Betrugsmanöver, das dem Postfachamt einen Schaden von 207.100 Kč verursachte. Der Täter ließ sich unter dem Namen J. A. Wenzel Schmidt ein Scheckkonto eröffnen. Dann schickte er raffinierte Schecks, die unbedingte Entweber selbst der Beamtenhaft des Postfachamtes angehört haben, oder dort einen Komplizen gehabt haben muß, in den Stolz der von den Postämtern täglich zu laufenden einlaufenden Erlagscheine

mehrere fingierte, mit der gefälschten Stempelscheine des Postamtes Schatz 1 abgestempelte Erlagscheine,

so daß das Konto des „Ing. Wenzel Schmidt“, auf welches die vorgeschickten Einzahlungen anstandslos verrechnet wurden, alsbald ein „Guthaben“ von 207.100 Kč auswies, welches einige Tage später von dem „Montainhaber Ing. Schmidt“ abgebottelt und behoben wurde, bis auf einen Rest von 500 Kč, welchen er humorvollerweise, sich auf den nationalen Mann ausbildend, dem tschechischen Schulverein als Spende überweisen ließ. Das alles vollzog sich im März 1926 und da der Betrug durchaus sachmännlich eingeleitet und durchgeführt wurde, kam die Affäre erst im Mai 1926 ans Tageslicht.

Wer ist „Ing. Wenzel Schmidt“?

Natürlich eine fingierte Persönlichkeit, aber wer verbirgt sich hinter diesem Phantom? Wer hat die gefälschten Ueberweisungen unter die zur Verrechnung gelangenden Erlagscheine gemischt und wie leicht selbst die entsprechenden Buchungen vorgenommen, um ein Guthaben vorzutäuschen, das er dann beheben konnte? Die Gewisheit, daß der Täter unter der Beamtenhaft des geschädigten Postfachamtes zu finden sei, war wenig Anhaltspunkte, da in der Verrechnungszentrale über 1800 Leute beschäftigt sind. Erst nach Jahren glaubte man durch eine zufällig zutage gekommene Ähnlichkeit der Handschrift eines Beamten mit jener des mysteriösen „Ing. Schmidt“ auf eine bestimmte Spur gestoßen zu sein. Nach einem privaten Gutachten, das der Schriftführer der Anklage Prof. Dr. Otto Kanta der Leitung des Scheckamtes erstattete und welches die Identität der beiden Handschriften mit Bestimmtheit feststellte, wurde dieser Beamte zehn Jahre nach jener Affäre in Untersuchung gezogen und schließlich wegen des Verbrechens des mißbrauchten Amtsgehalts vor das Schwurgericht gestellt.

Der Angeklagte, der gestern auf der Anklagebank saß, ist der 38jährige Buchhaltungssekretär des Postfachamtes Johann Spatny, bisher wohlverhalten und dienstlich vorzüglich qualifiziert, der in der Abteilung „Kontrolle B“ bedienstet war, also als „Reklamant“ einen Posten bekleidete, der ihm unbeschränkter Zutritt zu allen anderen Abteilungen ermöglichte. Der Angeklagte erwiderte vor dem Schwurgericht (Vor. O. Dr. Tr. o. s.) ruhig, selbstbewußt und lächelnd und erklärte alle, von der durch Staatsanwalt Dr. Svoboda vertretenen Anklage für seine Schuld ins Treffen geführten Argumente als absolut haltlos. Tatsächlich stand diese Anklage nicht auf den festesten Füßen. Es war ein typischer Indizienbeweis, dessen Beweisstärke keineswegs ein Muster überzeugender Veschlossenheit darstellt.

Die Grundlage der Anklage bildet hauptsächlich jenes Privatgutachten des Schriftführers der Anklage Prof. Kanta. Als weiterer Anhaltspunkt wird angeführt, daß der Angeklagte über unvorstellbar große Geldmittel verfüge, daß er seiner Antioxienshaft nach ganz besonders Gelegenheiten zu solchen Malversationen habe, daß er Mitglied eines Schachklubs in Prag sei, woraus sich aber nur ergab, daß eine ganze Reihe von Beamten (50 bis 60 und mehr) an dem Schachklub der gefälschten Erlagscheine ebenso gelegenheit hatten wie der Angeklagte, ohne daß dieser direkt irgendwie besonders belastet erscheint.

Bemerkenswert ist, daß der Betrüger, der sich hinter dem Namen des „Ing. Fischer“ verbirgt, sich tatsächlich vor elf Jahren bei einer Frau Sokolova in Prag II, eingemietet und unter Vorlage eines Heimatscheines bei der Polizei gemeldet hat. Wie Frau Sokolova als Zeugin unter Eid erklärte, hat der vermeintliche Ingenieur sich als technischer Vertreter vorgestellt, nur einmal in dem gemieteten Zimmer übernachtet und viermal Post abgeholt. Er erklärte dies mit seinen händigen Geschäftsbüchern und kündigte das Zimmer schon nach einigen Tagen, da er nach Brünn versetzt worden sei.

Bei der Konfrontation erklärte diese absolet verlässliche alte Frau wiederholt mit Bestimmtheit, in dem Angeklagten nicht den „Ing. Fischer“ zu erkennen.

Zu Beginn der Nachmittagsverhandlung erhielt das Wort der bekannte Schriftführer der Anklage, Frau Hlanberka. Prof. Kanta schied wegen seines für eine der Prozessparteien des Postfachamtes als Privatbeistand (seinerzeit erstatteten privaten Gutachtens als gerichtlicher Sachverständiger aus, denn ein solcher darf in keinerlei Beziehung zu einem der Prozessbeteiligten stehen oder gehalten sein. Prof. Kanta wurde nur als Reue einberufen und seine Aussage hat keine prozessuale Bedeutung. Bedauerlicherweise hat die Anklage sich auf sein seinerzeit bereits der Polizei erstattetes Gutachten, das wesentlich anders lautet, als das von

Prof. Kanta als Privatarbeit geleistet. In dem Gutachten des Hlanberka wird betont, daß die Schriftzüge des Angeklagten mit der Schrift auf den gefälschten Erlagscheinen zwar Ähnlichkeiten aufweisen, die zwar einen Verdacht rechtfertigen, daß aber keinesfalls mit apodiktischer Sicherheit die Identität der beiden Schriften behauptet werden könne.

Staatsanwalt Dr. Svoboda stellte nun den Antrag, die Verhandlung zu vertagen und ein neuen Sachverständigen zu beauftragen, weil ein „Widerspruch zwischen den Gutachten zweier Sachverständiger“ bestehe, wogegen Verteidiger Dr. Kofelka energisch protestierte, da lediglich der von Verteidigung und Anklage einvernehmlich nominierte und anerkannte Sachverständige Hlanberka als Sachverständiger anzusehen sei, während Prof. Kanta in diesem Prozeß nur die Rolle eines

Tagesneuigkeiten

... bis er explodiert!

Der Deutsche zeigt, so gut er kann, den Bildungsgrad durchs Fremdwort an: Er raso . . . , rui . . . , schlanziert; er provo . . . , dennu . . . , konfliktiert; er renommiert und exzerziert; und er marschiert, marschiert, marschiert. Bei Pfeifen- und bei Trommelschlag marschiert er in den Untergang.

So oft die Reichswehr exzerziert und stramm im Stechschritt paradiert, ist kein der Bürger anmüdet, da einzig das ihm imponiert.

Im „Dritten Reich“ wird intriguiert und das Vertrauen ruiniert. Die Jugend wird zum Krieg dressiert; der Welt wird Frieden garantiert.

Die Volkswirtschaft wird strapaziert, weil man Kanonen produziert; Die Butter wird schon liquidiert; der Lohn wird bald noch konfliktiert.

Wer Recht und Freiheit propagiert und für den Frieden demonstriert, der wird ins Lager expediert und dort barbarisch konzentriert.

Solang der „Führer“ regiert; solang der Vorbehalt renommiert; solang der Schacht noch balanciert; und Wöring mit dem Bass hantiert; solang wird weiter schlanziert, bis auch der Spießler explodiert. Man hat bis heute kein erlebt: Der Deutsche . . . iert, solang er steht.

Paul Corber.

Der „Soldat der Republik“, so heißt das Abzeichen, welches die staatliche Münze nunmehr ausgegeben hat. Dieses ist nach dem Entwurf des akademischen Bildhauers Söllmann angefertigt und ist für jene Wehrpflichtigen bestimmt, die bei den kommenden Affentierungen in den Verbänden der Armee aufgenommen werden. Am Tage der Affentierung wird das Abzeichen mit kleinen Schleißen in den Staatsfarben gezieret, später kann es am Rockragen getragen werden.

Obligatorischer Gasmaskeinkauf bevorstehend? Voraussichtlich zu Beginn des Monats März wird durch amtliche Verlautbarungen allen Bewohnern des Staates der Pflichtbezug von Gasmasken vorgeschrieben werden. Bezüglich der Mittellosen wurde beschlossen, daß diese mit Gasmasken auf öffentliche Kosten, durch Beiträge der einschlägigen Hilfsaktionen und Bezirkskomitees, ausgestattet werden. Der Preis der Gasmasken soll durch die Ausschaltung von Konkurrenz-kämpfern der Erzeuger und Vereinheitlichung der Absatzpropaganda in den niedrigsten Grenzen gehalten werden. Die für die Allgemeinheit bestimmten Gasmasken werden auch keine anderen Firmenbezeichnungen als die für die Verteilung und amtliche Orientierung unerlässlichen aufweisen. (DRD)

Er erst, wenn er aufhört, Fußball zu spielen. In Rimlau bei Olmütz starb dieser Tage ein Staatsangehöriger, Vater von fünf Kindern. In seinem Testament bestimmte er, daß das Erbteil an seinen jüngsten Sohn nur dann ausbezahlt werden möge, wenn dieser sich völlig vom Fußballspiel löst.

Die Lawinengefahr im Riesengebirge an den mit gelben Tafeln bezeichneten Orten dauert an. Das Passieren des Hiegenrückens bleibt verboten. Erhöhte Gefahr ist in den Resselgraben, im Elbgrund, im Weichwassergrund, im Riesengrund, im Langengrund und im Plaugrund! Den Anweisungen der Gendarmrie und den Gebirgsdienstmitgliedern ist unbedingt zu entsprechen!

Der erste Internationale Kongreß für Luftfahrhilfe wird Mitte Juni in Budapest zusammenzutreten. In diesem werden die Vertreter der Luftfahrtorganisationen fast aller europäischen Staaten, ferner das gesamte Präsidium des Internationalen Roten Kreuzes und das Präsidium des Internationalen Luftfahrtverbandes teilnehmen.

Zeugen spiele, der im Sinne der Strafprozessordnung lediglich über Tatsachen zu berichten sei und nicht über seine persönlichen Meinungen, als welche der Inhalt jenes Privatgutachtens angesehen werden müsse. Der Schwurgerichtshof lehnte nach Beratung den Antrag des Anklägers ab, da tatsächlich von einem Widerspruch zwischen Sachverständigenutachten nicht die Rede sei.

Erst in den Abendstunden erklärte der Vorsitzende das Verfahren für geschlossen und es begannen die Plädoyers, in denen der Staatsanwalt die schwache Position der Anklage zu halten versuchte, während der Verteidiger Dr. Kofelka sie Punkt für Punkt unbarmherzig zerbrach. Nach dem Refusée des Vorsitzenden O. Dr. Tr. o. s. zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Das Verdict lautete auf

einstimmigen Freispruch

des Angeklagten, der auf Antrag des Verteidigers sofort aus der Haft entlassen wurde, obwohl Staatsanwalt Dr. Svoboda, der die Wichtigkeit des Falles anmelde, sich gegen die Haftentlassung ausstrahlte.

Hochwasser der Donau. Das unablässige Ansteigen der Donau und ihrer Nebenflüsse hat das ganze Straubinger Donaubecken in einer Ausdehnung von 30 Kilometer Länge und rund 7 Kilometer Breite in einen einzigen See verwandelt, als Wasser fließt Wellenweise zwei Meter über den Aedern. Die Winterfaat ist hier vernichtet.

Ueberschwemmungen in Paris. Die Seine hat in Macon die Keller und eine Reihe von Wohnungen in den niedriger gelegenen Teilen der Stadt überschwemmt. Durch die Ueberschwemmung wurde auch die Flußschiffahrt in erheblichem Maße verlangsamt. In Paris ist die Seine zwar über den sogenannten Klampunkt sehr gefährlich, doch droht keine Gefahr. Auf dem Pariser Ausstellungsgelände sind nur vier Pavillone überschwemmt, welche knapp am Ufer der Seine liegen. In den Pariser Vororten sind zahlreiche Keller überschwemmt. Bei Versailles ist der Ort Neuill von Hochwasser bedroht. Die Viertel um den Bahnhof stehen bereits unter Wasser. Der Präsident hat Militärpompoms angefordert, damit die Passagiere der Eisenbahn zum Bahnhof gebracht oder dort abgeholt werden können. In Denis Villeneuve St. Georges steigt das Wasser in den Gärten bis zu 30 Zentimeter hoch.

Auch der Dneipr führt Hochwasser! Ein Teil des Dneipr-Gebietes ist von großen Ueberschwemmungen heimgejagt worden. In den Strichen der Stadt Meliopol sieht das Wasser zwei Meter hoch, es sind mehr als 200 Häuser überschwemmt, davon 46 Häuser vollständig zerstört. Auch in den umliegenden Dörfern hat die Ueberschwemmung große Verheerungen angerichtet. Mehrere Dörfer stehen unter Wasser. Die Bewohner mußten unter Zurücklassung ihrer Habe flüchten. Nach den bisherigen Angaben sind 250 Bauernhäuser zerstört und weggeschwemmt worden. Zur Hilfeleistung wurde Militär eingesetzt.

Deutscher Juristentag. Bei dem zu Pfingsten in Brünn stattfindenden 47ten Deutschen Juristentag wird Universitätsprof. Dr. Max Gutwiler von der Universität in Freiburg in der Schweiz ein Referat zum Thema „Welche Maßnahmen empfehlen sich gegen den Mißbrauch von Sicherungsabtretung und Eigentumsverbehalt?“ (Gutachter: Gerichtsrat Dr. Hans Frind-Gaer; Referent Universitätsprof. Hofrat Dr. Heinrich Klang-Wien) erstatten. Es ist zum ersten Male, daß ein Schweizer Jurist als Referent bei einem deutschen Juristentage in der Tschechoslowakei mitwirken wird.

Jüdischer Arzt in Palästina ermordet. In Palästina ist es zu neuen terroristischen Akten gekommen. Der in Beisam wohnende Jude Dr. Lebes wurde durch arabische Extremisten, die in seine Wohnung eingedrungen waren, durch Schüsse ermordet. In Haifa verursachte die Explosion einer Bombe im Hause eines hervorragenden Juden großen Schaden.

Schade, daß es nicht länger dauert! Der kritische Arbeitsminister Brown teilte im Unterhaus mit, daß beschlossen worden sei, in der Woche während der Krönungsfestlichkeiten den Arbeitslosen 2/3 Shilling und weiters für jedes minderjährige Kind einen Shilling auszugeben.

Posträuber erbeuten eine Million Francs. In Aix en Provence unweit von Marseille überfielen Räuber einen Postwagen und raubten, indem sie den Postbediensteten mit Revolvern bedrohten, eine Million Francs in bar und entflohen in einem Automobil. Die Polizei ist der Wande auf der Spur.

Bringen siehen die Krone. Die englischen Behörden im Staate Kilm Abukwa an der britischen Golfküste behandeln kürzlich einen sehr interessanten Fall: In die Staatsklasse der Hauptstadt Nibi brachen unbekante Täter ein und entwendeten unter anderen Gegenständen auch die Krone des eingeborenen Herrschers Ofori Atta, die dieser als Geschenk von den englischen Behörden erhalten hatte. Der britische Resident ordnete sofort eine strenge Untersuchung an und zur großen Ueberraschung wurde festgestellt, daß der Diebstahl von den Prinzen der herrschenden Familie, den Söhnen Ofori und Titas, begangen worden ist. Sie wurden zu mehrmonatigen schweren Kerkerstrafen verurteilt, welche Strafe mit Zwangsarbeit verbunden ist. Ihr Vater, der Herrscher der Provinz Kilm Abukwa hat das Urteil in vollem Umfang bekräftigt.



Auch der Main führt Hochwasser

Durch Regen und Schneeschmelze sind die Stromgebiete des Rheins und Mains vom Hochwasser bedroht. An zahlreichen Stellen mußten niedriger gelegene Häuser geräumt werden. Ein Einwohner von Orlaban an der Ridda, einem Nebenfluß des Mains, rettete einen kleinen Teil seiner Habe, weil er seine Wohnung räumen mußte.

Jahrestagungen der Deutschen Jugendfürsorge Böhmens. Heuer finden die Haupttagungen — Vertretertag und Brauentag — der in der Deutschen Landeskommission für Kinderbeschäftigung und Jugendfürsorge in Böhmen organisierten deutschen Jugendfürsorge in den Tagen des 12. und 13. Juni in Leitmeritz statt.

Kampf gegen ein schädliches Insekt. Die Regierung hat dem Senat einen Gesetzentwurf über die obligatorische Vernichtung der Larven der Rindermücke vorgelegt. Die volkswirtschaftlichen Schäden, die durch dieses Insekt den Viehhältern verursacht werden, sind ziemlich groß; sie werden hauptsächlich durch die Entwertung der Haut der Tiere verursacht, die durch Entzündungsprozesse und durch Löhler, die sich die Larven bohren, beschädigt wird. Außerdem verurachten die Larven der Rindermücke bei den ihnen befallenen Tieren Gewichtsabnahmen und bei Melktieren Verluste am Milchtrag, die sehr bedeutend sind. Den Viehhältern wird zur Pflicht gemacht, bei ihren Tieren die Larven der Rindermücke zu vernichten; die Gemeinden haben die Erfüllung dieser Pflicht zu beaufsichtigen. Der Minister für Landwirtschaft wird im Amtsblatt eine Vernehmung über die Art der Vernichtung der Larven der Rindermücke veröffentlichen.

Die Erwärmung nur vorübergehend? In ganz Mitteleuropa, weislich von der Elbe, sind die Temperaturen Samstag nachmittags über 10 Grad Celsius angehten und auch auf den Bergen ist Leichter Tauwetter eingetreten. In den Niederungen Böhmens wurden um 14 Uhr 10 bis 14 Grad verzeichnet, in den übrigen Ländern nur 2 bis 6 Grad. Gegen Nordengland und Irland bringt nunmehr erneut vom Norden her kalte Luft vor, die sich in den nächsten Tagen voraussichtlich auch auf das Festland ausbreiten wird. Am Sonntag wird bei uns jedoch das milde Wetter noch anhalten. — Wettervorhersage für heute: In den böhmischen Ländern vorwiegend bis wechselnd bewölkt, Neigung zu Schauern, übernormale Temperaturen, gegenüber Samstag jedoch etwas kühler. Westwind. Im Osten veränderlich, vereinzelte Schauer. — Wetterausblick für Montag: Veränderlich, Neigung zu Schauern, Abkühlung, West- bis Nordwestwind.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Montag
Prag I: 10.05 Deutsche Presse. 11.35 Mozart-Quartett D-Dur. 12.10 Unterhaltungsmusik. 15.00 Sinfoniekonzert auf Schallplatten: Bach, Beethoven u. a. 15.35 Klavierkonzert. 18.00 Deutsche Sendung: Wöhmerwälder. 18.20 Fred Warrna liest eigene Gedichte. 18.45 Deutsche Presse. 19.25 Militärkonzert. 22.20 Tanzmusik. — Prag II: 14.20 Deutsche Sendung: Schallplattenrevue. 14.50 Deutsche Presse. 18.10 Wiedemusik. 19.10 Volkslieder. — Brünn: 17.40 Deutsche Sendung: Dr. Obrist: Wie beobachtet die Natur ihre Energie-Vorräte? 19.10 Französischer Kurs. — Pilsen: 16.10 Rundfunkorchesterkonzert. — Rakau: 12.05 Schallplattenkonzert. 18.30 Slowakische Lieder. — Mähr.-Odrau: 18.10 Deutsche Sendung: Arbeiterfunk: Franz Wöhner: Zwei Dichter aus dem Altuntergebiet: Josef Weigl und Josef Weigl; Lieder und Chansons aus Tschechien.

Dienstag

Prag I: 10.05 Deutsche Presse. 10.30 Klavierkonzert. 11.05 Rundfunk für deutsche Schulen. 12.10 Schallplatten auf Schallplatten. 15.00 Jura: Sinfonie D-Dur. 17.30 Geigenkonzert. 18.10 Deutsche Sendung: Dr. Dacher: Wirtschaftliches Relief. 18.20 Zeitgenössische Kammermusik. 18.45 Deutsche Presse. 18.55 Deutscher Kulturbericht. 22.20 Smetana: Geigenquartett D-Moll. — Prag II: 14.15 Deutsche Sendung: Klouček: Versunkenes Gut; vom Jünger des Erzgebirges. 14.30 Dr. Sandt: Union Vorodim zum 60. Todesstag: Klavierstücke. 14.50 Deutsche Presse. 18.00 Schrammelkonzert. — Brünn: 17.40 Deutsche Sendung: Arbeiterfunk: Soziale Informationen: Choralkonzert des Sängerbundes „Appograbia“. 18.35 Arbeitsmarkt. — Pilsen: 17.10 Tanzmusik. — Rakau: 11.05 Populäres Konzert. 16.10 Rundfunkorchesterkonzert. — Mähr.-Odrau: 12.15 Konzert: Syppe, Delibes usw.

WIRTSCHAFT DER WELT

Stehen die Vereinigten Staaten vor einem „Boom“?

Die Fortsetzung des amerikanischen Wirtschaftsaufschwunges, dessen erste Keime sich bereits Ende 1932 bemerkbar machten, macht das Problem aktuell, ob die amerikanische Wirtschaft nicht bereits in einen „Boom“ eingetreten ist. Unter „Boom“ versteht man bekanntlich jene Phase der Konjunktur, in der bereits die Einflüsse der Spekulation die Oberhand gewinnen und in das wirtschaftliche Leben eine unruhige Note hineinsprechen. Von diesem Standpunkte betrachtet, bietet die amerikanische Wirtschaft kein einheitliches Bild. Man kann bis zu einem gewissen Grade von einem Boom in jenen Produktionszweigen sprechen, die unmittelbar für den Verbrauch arbeiten. Auch die Automobilindustrie hat, vor den letzten Streiks, eine Art Boom erlebt, wobei die Automobilproduktion im Jahre 1936 über 5 Millionen Wagen betragen hat. Dasselbe kann man auch von der Eisenindustrie sowie von einigen Zweigen der Produktion der industriellen Rohstoffe sagen. Dagegen befindet sich das Baugewerbe noch auf einer ziemlich niedrigen Stufe, was natürlich die Entwicklung der Konjunktur sehr wesentlich hemmt. Folgende Tabelle stellt die Entwicklung der amerikanischen Konjunktur im Jahre 1936 dar.

Amerikanische Konjunktur im Jahre 1936

Verhältniszahlen, 1923/25 = 100

	Dezember 1935	Dezember 1936
Gesamte Industrie	101	102
Produktion	101	102
Verarbeitende Industrien	101	102
Förderung v. Mineralien	102	115
Baugewerbe	68	61
Umsätze der Warenhäuser	83	92

Einem riesigen Aufschwung zeigen folgende Produktionszweige, die im Dezember 1936 folgenden Umfang erlangt haben (1923/25 = 100):

Eisen und Stahl	125
Textilindustrie	132
Automobilindustrie	147
Tabakindustrie	153
Petroleumindustrie	155

Im scharfen Gegensatz zu der Entwicklung in diesen Produktionszweigen, die tatsächlich aufstrebend ist, steht der Aufschwung etwa in der Leder- und Schuhindustrie, der sich in sehr mäßigen Grenzen hält. Im Dezember 1936 beträgt der Index für diese Industrie lediglich 112 (1923/25 = 100).

Der Dezemberindex 1936 der gesamten Industrieproduktion ist nur um fünf Punkte niedriger als der Referenzindex vom Mai 1929 und lediglich um zwei Punkte niedriger als der Index vom September 1929, als die Krise in Amerika ausbrach und sich von dort über die ganze Welt breitete. Übrigens, der Industrieindex für das zweite Halbjahr 1936 ist genau derselbe als für die entsprechenden Periode von 1928. Aber das Jahr 1928 ist tatsächlich das Jahr eines unerhörten Boom in allen Industriezweigen gewesen, während das Jahr 1936 keineswegs als ein Boom-Jahr bezeichnet werden kann.

Ein anderes Zeichen der amerikanischen Konjunktur ist die Tatsache, daß die Wareneinfuhr nach den Vereinigten Staaten viel rascher zunimmt als die Warenausfuhr, so daß die Aktivität der amerikanischen Handelsbilanz im raschen Abnehmen begriffen ist.

Entwicklung des amerikanischen Außenhandels 1934—1936

in Millionen Dollar

Jahr	Ausfuhr	Einfuhr	Handelsbilanz
1934	2133	1885	+248
1935	2283	2047	+236
1936	2458	2419	+39

Während die Ausfuhr von 1936 bloß um rund 16 Prozent größer ist als jene von 1934, ist die Einfuhr von 1936 um rund 48 Prozent größer als jene von 1934. Man kann viele Gründe für diese gewaltige Entwicklung der amerikanischen Einfuhr anführen, die die Ausfuhrentwicklung in so hohem Maße überflügelt hat. Es spielte hier nicht nur die große Zunahme des Bedarfes der amerikanischen Industrie an den ausländischen Rohstoffen mit, sondern auch die bedeutende Erhöhung der Rohstoffpreise in der ganzen Welt, sowie die amerikanische Dürre, die einen wesentlichen Anstoß zur Ernteerträge von Getreide herbeiführte und auf diese Weise den Bedarf nach der Getreideeinfuhr erhöhte hat.

Die amerikanische Wirtschaftspolitik versucht in den letzten Monaten mit Hilfe zu finden zwischen der gefährlichen Stimmung des wirtschaftlichen Aufschwunges und der Förderung einer ungesunden Spekulation. Eine große Gefahr für die weitere wirtschaftliche Entwicklung stellt der Goldauflauf nach den Vereinigten Staaten dar, der in den letzten Jahren riesenausmaß angenommen hat. Von diesem Stand-

punkt ist besonders die Entwicklung im Jahre 1934 auffallend. Ende 1933 haben die sichtbaren Goldvorräte in Amerika rund 4 Milliarden Dollar betragen, Ende 1934 erreichten sie bereits rund 8,2 Milliarden, Ende 1935 10,1 Milliarden und Ende 1936 fast 12 Milliarden Dollar. Die Goldbestände haben sich also im Laufe von drei Jahren verdreifacht. Es wird nun durch ziemlich komplizierte Operationen ver-

Niederländische Wirtschaft nach Verlassen der Goldwährung

Das Jahr 1936 zerfällt in Holland deutlich in zwei Perioden. In der Zeit vor dem 26. September 1936 hat sich die Depression weiter entwickelt, obgleich in einigen Industriezweigen eine bestimmte Besserung festzustellen war. Eine vollkommene Veränderung der Situation vollzog sich im letzten Quartal des Jahres, nach der Abwertung des Guldenes. Der nun beginnende deutliche Wirtschaftsaufschwung ergab sich nicht nur aus der Geldabwertung, sondern wurde auch durch

Entwicklung der Aktienkurse auf der Amsterdamer Börse 1932 bis 1936

Verhältniszahlen, 1921—25 = 100

	1932	1933	1934	1935	1936			
					1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.
Allgemeiner Aktienindex	31.9	84.3	31.4	30.4	31.1	28.5	29.8	44.8
Aktienkurse niederländischer Unternehmen	35.9	87.9	36.7	36.1	48.5	47.5	50.2	72.9
Niederl. Industrieaktien	33.0	85.2	34.2	32.8	38.4	37.1	37.8	56.8

Die Belebung der Industrie nach der Guldenabwertung führte im vierten Quartal 1936 zu einer gewissen Verringerung des Einfuhrüberschusses im niederländischen Außenhandel. Sowohl Einfuhr als Ausfuhr weisen nach der Abwertung ein rasches Ansteigen im Vergleich mit den entsprechenden Monaten des Vorjahres auf.

Außenhandel der Niederlande 1934 bis 1936

(in Millionen Gulden)

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1934	1935	1936	1934	1935	1936
Jänner	100	76	79	56	55	50
Febr.	81	70	74	51	51	50
März	94	80	79	61	54	55
April	85	78	81	54	50	57
Mai	87	78	76	57	58	53
Juni	89	78	77	59	51	53
Juli	86	76	80	58	54	60
August	87	76	82	69	61	63
September	78	76	82	60	59	72
Oktober	87	95	92	62	70	75
November	88	86	101	60	60	77
Dezember	75	73	114	56	62	79

Der niederländische Außenhandel steht mehr als der Außenhandel irgendeines anderen Landes unter Saisoninflüssen, da dieser Handel einen ausgesprochen kolonialen Charakter hat. Aber über die Saisoninflüsse hinaus, die sich in der Wandlung des Außenhandels von Monat zu Monat zeigen, setzt sich deutlich die Konjunktur-entwicklung durch. Von 1934 bis 1935 kann man ein deutliches Zurückgehen des Außenhandels, und zwar sowohl der Einfuhr als der Ausfuhr, feststellen. Im Jahre 1936 kann man bereits eine leichte Besserung des Außenhandels beobachten, die jedoch erst im vierten Quartal 1936, nach der Guldenabwertung, sich durchsetzt.

Bestimmte Anzeichen der Industriebelebung konnte man bereits vor der Guldenabwertung feststellen. Das bezieht sich besonders auf den Schiffbau und die mit dem Schiffbau verbundenen Industriezweige, auf deren Belebung die Regierungsaufträge einen günstigen Einfluss ausübten. Dasselbe gilt auch für die Schiffahrt. Der große Antwerpener Hafestreik hat

sucht, diese riesengroße Goldzunahme außerhalb der Kreditbasis des Landes zu halten. Diese „Neutralisierung“ der amerikanischen Goldvorräte kann jedoch nicht auf die Dauer das Problem des amerikanischen Goldüberflusses lösen. Eine wirkliche Lösung dieses Problems, die zugleich eine Verbreiterung der Grundlagen der amerikanischen und der gesamten Weltkonjunktur bedeuten würde, wäre nur im Wege von großen amerikanischen Anleihen an die außeramerikanischen und insbesondere an die europäischen Wirtschaft denkbar (vergleiche unsere Beilage zu Nr. 284, Nr. 3 und Nr. 37).

den Aufschwung der Weltkonjunktur und durch die Steigerung der Weltpreise gefördert. Die holländische Schiffahrt und die holländischen Plantagen in Niederländisch-Indien machten gute Geschäfte, so daß man hier wieder begonnen hat, Dividenden auszuschütten. Das führte jedoch wiederum zum raschen Ansteigen der Aktienkurse auf der Amsterdamer Börse im vierten Quartal 1936.

übrigens den Seeverkehr in Rotterdam und Amsterdam sehr begünstigt, wobei auch die Senkung der Hafengebühren in den beiden holländischen Häfen um 15 bis 28 Prozent eine wesentliche Rolle spielte.

Die Landwirtschaft bleibt in einem unterstützungsbedürftigen Zustande, da die Weltpreise für die niederländischen Ausfuhrwaren im Vergleich zu den Produktionskosten noch nicht hoch genug sind. So darf man vorläufig keinen Abbau der Einschränkungsmaßnahmen für die landwirtschaftliche Produktion erwarten.

Nach der Guldenabwertung hat die Niederländische Bank den Diskontsatz auf 2 Prozent ermäßigen können. Am Juni 1936 hat der Diskontsatz noch 4,5 Prozent betragen. Nach der Abwertung begann sofort ein massives Zurückfluten des holländischen Kapitals, das früher sich nach England und Amerika geflüchtet hatte. Das führte zu einer großen Geldflüssigkeit, so daß auch der private Diskontsatz gefallen ist. Eine Reihe von neuen Kapitalinvestitionen zu günstigen Bedingungen wurden vorgenommen. Von günstigem Einfluss auf die Entwicklung der Wirtschaftskonjunktur ist die Tatsache gewesen, daß trotz des Anstieges der Großhandelspreise, die Lebenshaltungskosten relativ nicht sehr erhöht wurden. Das Steigen der Kleinhandelspreise ist durch die Ermäßigung der Zollsätze für viele Waren wesentlich gehemmt worden. Allerdings muß man in den letzten Monaten ein rasches Ansteigen der Preise feststellen, die Steigerung beruht jedoch nicht so sehr auf der inneren Entwicklung als auf einer allgemeinen Erhöhung der Weltpreise.

Im allgemeinen kann man feststellen, daß die Guldenabwertung ihre Ziele erreicht habe. Vor allem hat sich das Vertrauen befestigt, was sich in der Rückkehr des geflüchteten Kapitals äußerte. Die Preissteigerung war nicht übermäßig, die Preise in Gold gingen sogar zurück, so daß sich die Ausfuhrmöglichkeiten erhöhten. Die weitere Entwicklung der niederländischen Konjunktur wird aber im hohen Maße von dem allgemeinen Schicksal der Weltwirtschaft abhängen, dem Holland als Kolonialland und Exportland auf die Welt angewiesen.

das auf 41 Millionen Franken geschätzt wurde, hat tatsächlich nur 18 Millionen Franken betragen. Das Defizit für 1936 hat etwa 70 Millionen Franken betragen. Für 1937 wird das Defizit auf etwa 42 Millionen Franken geschätzt. Ausländische Anleihen auf dem Schweizer Geldmarkt haben so gut wie aufgehört, aber innere schweizerische Anleihen, allerdings meistens für Sonderzwecke, das heißt zur Rückzahlung alter Anleihen, haben 1936 den Betrag von 675 Millionen Franken, gegen 501 Millionen Franken im Jahre 1935, erreicht. Die größte Anleihe war die nationale Verteidigungsanleihe von 235 Millionen, für die 330 Millionen Franken gezeichnet wurden. Der Goldbestand der Nationalbank, der im Jänner 1936 1,39 Milliarden betragen hat, stieg im September auf 1,55 Milliarden und, nach der Abwertung, auf 2,7 Milliarden Franken im Dezember 1936.

Die Arbeitslosigkeit hielt sich das ganze Jahr 1936 hindurch auf einem hohen Stand. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug sich zwischen 124.000 im Jänner und 75.000 im Juni, und erreichte im Dezember 1936 104.000, während allerdings im Dezember 1935 118.000 registrierte Arbeitslose gezählt wurden. Die Frankabwertung hat die übliche Saisonsteigerung der Arbeitslosigkeit gehemmt, die Erhöhung der Arbeitslosenzahl zwischen September und Dezember 1936 hat 22.000 betragen im Vergleich zu der Zunahme der Arbeitslosenzahl um 49.000 in der entsprechenden Periode 1935. — Die Landwirtschaft befand sich noch immer in einer schwierigen Lage: das Reineinkommen der landwirtschaftlichen Bevölkerung hat 1936 1150 Millionen Franken betragen, gegenüber 1203 Millionen Franken im Jahre 1935. Weizens- und Weinbauern sowie die Milch- und Käseproduzenten mußten durch den Staat unterstützt werden.

Die Ausfuhr wies im Jahre 1936 eine bedeutende Steigerung auf: 881 Millionen Franken im Jahre 1936, 821 Millionen im Jahre 1935. Die Einfuhr ging jedoch etwas zurück: 1936: 1266 Millionen, 1935: 1288 Millionen Franken. Eine sichtliche Belebung wies die Ausfuhr der Uhren auf, besonders nach dem alten schweizerischen Exportgebiet, den Vereinigten Staaten. Aber auch die Ausfuhr nach Großbritannien hat bedeutend zugenommen. — Die Lebenshaltungskosten, die Ende 1935 den Stand von 130 erreichten (1914=100), blieben auf diesem Stand bis Oktober 1936, wo sie den Stand von 132 erreichten. Der Index der Großhandelspreise stieg von 91 im Jänner auf 102 im Dezember 1936.

Im allgemeinen muß man, im Vergleich zu den Niederlanden, dem anderen weltwirtschaftlichen „Nachzügler“, die wirtschaftliche Situation der Schweiz als noch ziemlich unbestimmt bezeichnen. Der Anschluß an die Weltwirtschaft ist zweifellos bereits erfolgt, aber der wirtschaftliche Aufschwung befindet sich erst in den Anfängen.

Wirtschaftslage in Spanien

Die Angaben über die spanische Wirtschaft fließen im Laufe des letzten Halbjahres verständlicherweise sehr spärlich. Aber die wirtschaftlichen Beziehungen Spaniens mit der übrigen Welt sind nicht vollkommen lahmgelegt, auch abgesehen von dem blühenden Waffenhandel. Es ist interessant, daß im Jänner 1937 zwischen der britischen und der Madrider Regierung ein neuer Handelsvertrag abgeschlossen wurde. Einzelheiten darüber sind noch nicht bekannt, aber es scheint, daß dieses Handelsabkommen mit einer Kreditvermehrung seitens Londons verbunden ist. Am 8. Dezember 1936 ist in Madrid eine Regierungsverordnung erlassen worden, wonach jede Ausfuhr aus Spanien genehmigungsbedürftig ist.

Die Veröffentlichung der Listen des Außenhandels ist seit Beginn des Bürgerkrieges unterbrochen. Die letzten Angaben beziehen sich auf das erste Halbjahr 1936. Während dieses Halbjahres hat die Wareneinfuhr 382 Millionen Pesetas betragen, im Vergleich zu 424 Millionen Pesetas im ersten Halbjahr 1935. Die Ausfuhr während des ersten Halbjahres 1936 hat 332 Millionen Pesetas betragen im Vergleich mit 295 Millionen Pesetas im ersten Halbjahr 1935. — Die finanzielle Lage ist unklar, sowohl die Madrider als die Burgos-Regierung haben zahlreiche Verordnungen über Schuldenausfälligkeit (Moratorium) erlassen. Nach einer Verordnung des Madrider Verteidigungsrates können bloß 750 Pesetas monatlich von einer Person aus der Bank abgehoben werden. Die Madrider Regierung hat außerdem verordnet, daß die durch die Burgos-Regierung abgestempelten spanischen Banknoten keine gesetzliche Gültigkeit haben und daß diese Banknoten durch die Goldbestände der Bank von Spanien nicht gedeckt sind. Die Goldausfuhr ist bereits zu Beginn des Bürgerkrieges verboten worden, ebenso wie die Haltung von Gold und fremder Währung.

Beginn einer Besserung in der Schweiz

Auch die schweizerische Wirtschaft gehört, wie jene der anderen Länder, die den Goldblock bilden, zu den „Nachzügler“ des weltwirtschaftlichen Aufschwunges. Die Depression erreichte in der Schweiz Mitte März 1936 ihren Tiefpunkt. Seit dieser Zeit kann man eine mäßige Ausfuhrsteigerung feststellen, auch die Industrie wies bereits im dritten Quartal eine allgemeine Besserung auf. Am 30. September 1936 nahm das Parlament den Beschlus über die Ermäßigung des Goldgehaltes des Schweizer Franken um 30 Prozent an. Diese Maßnahme war durch die französische Abwertung erzwungen, und wenige Wochen später trat die Schweiz auch dem Währungsabkommen zwischen Frankreich, England und Amerika bei.

Die Abwertung führte zunächst zu einer geringen Erhöhung der Lebenshaltungskosten.

Ausländische Waren, insbesondere Rohstoffe, wurden teurer, aber die Regierung versuchte, die übermäßige Preissteigerung durch Verabfolgung verschiedener Rölle und durch den Abbau der Monopole für die Einfuhr bestimmter wichtiger Waren zu verhindern. Andererseits hat die Abwertung die Haltung von Gold und Banknoten befestigt. Das Geld ist heute so flüssig, daß die Nationalbank den Zinssatz von 2 auf 1½ Prozent ermäßigt hat (20. November 1936). Der größte Teil des gehorteten Geldes kam nun auf den Markt und wurde dazu benutzt, Wertpapiere verschiedener Art aufzukaufen. Besonderer Beliebtheit erfreuten sich neben schweizerischen, englischen und amerikanischen Wertpapieren.

Die finanzielle Situation ist nicht leicht, erweckt jedoch auch keine besonderen Besorgungen. Das Budgetdefizit für 1935,

Der Einzelne vor der Entscheidung

Episoden aus dem spanischen Bürgerkrieg

Nachdruck oder Uebersetzung nur mit Erlaubnis der Redaktion.

Die Schicksalsfrage

Ganz anders als der Ausbruch eines Krieges stellt der Ausbruch des Bürgerkrieges den Einzelnen vor die Schicksalsfrage. Es handelt sich beim Ausbruch des Bürgerkrieges nicht um zwei abgegrenzte Gebiete, innerhalb deren jede Nation im ganzen genommen durch gemeinsame Interessen, Anschauungen und Reaktionen verbunden ist; der Krieg geht mitten durch die Gemeinschaft; durch die Nation, die Gemeinde, die Berufsgruppe, den Freundeskreis, die Familie. Der Einzelne ist plötzlich isoliert; steht seine Bestimmung im Gegensatz zu der jener, die da, wo er lebt, die Macht erobert haben, so geht es um sein Leben. Das gilt für Alte und Junge, für Männer und Frauen. Ein ziviles Gefüge oder ein nicht rechtzeitig gesprochenes Wort, eine Denunziation, eine mitleidige Handlung gegenüber einem Verfolgten, die Tatsache, daß Vater oder Bruder politisch nicht mit den Machthabern übereinstimmt, kann das Todesurteil bedeuten. Nirgends ist der Mensch so hilflos einsam, so auf sich gestellt, wie im Bürgerkrieg.

Es kommt darauf an, sich rasch und sicher zu entschließen. Entschlußfähigkeit und Entschlußkraft können in mancher Situation geradezu einen Umschwung herbeiführen. Wenn man das Leben im richtigen Moment wegwirft, kann man's unter Umständen gewinnen. Dieses entschlossene Spiel mit dem Leben spielte der Maschinenist don Santiago Lopez auf dem Dampfer „Almirante Valdés“, als die Offiziere das Schiff, das an den marokkanischen Küsten kreuzte, den Rebellen zuführen wollten. Lopez übernahm das Kommando über die Besatzung, kämpfte die Offiziere mit ihrem Anhang nieder und führte den Dampfer der Regierung zu. Beim Ausbruch des Aufstandes spielten in Valencia zwei Unteroffiziere eine Hauptrolle: als die Offiziere sich zum Aufbruch anschickten, rissen die republikanischen Sergeanten Albarola und Fabra die Soldaten mit sich — die Regierung hatte gesiegt. Die Weiden spielten ebenso um ihr Leben wie jener Schiffsmaschinist. Geradezu tragisch ist das Schicksal des Generals Ymact. Don Domingo Vate, ein Katalane, kommandierte früher die katalanische Division, deren Sitz in Barcelona war. Im Oktober 1934 unterwarf er den Aufstand der Linken. Später wurde er nach Burgos verlegt, wo er die sechste Division befehligte. Als der Aufstand ausbrach, schloß er sich den Rebellen nicht an: war er 1934 der reaktionären Regierung treu geblieben, so hielt er jetzt zur revolutionären. Er machte gut, was er damals gefürchtet hatte. Dafür verurteilten ihn die Rebellen wegen „Rebellion und Verrat“ zum Tode.

Rahlos sind die Fälle, in denen Regierungstreue, die im Moment des Ausbruchs der Revolte im Gebiet der Rebellen waren, sich zu den Führen durchschlugen. Gruppen von Soldaten, die sich den Befehlen der Offiziere widersetzen oder heimlich flüchteten, gab es in allen Garnisonen. Wer nicht fliehen konnte, wurde, wenn er stattdessen blieb, erschossen oder eingesperrt. Wo die Regierungstruppen und Milizen fleischlich blieben, gab es bei ihrem Einzug immer wieder erschütternde Befreiungsszenen. Regierungstreue Soldaten und Zivilisten tanzten aus den Kerkeren hervor. Viele befreiten sich selbst, indem sie einen günstigen Augenblick zur Flucht ausnützten. Nicht selten brachten diese Entkommenen den Legaten wertvolle Informationen über die Rebellen, wichtige militärische oder politische Dokumente oder unentbehrliche Teile von Geschützen der Aufständischen mit. In diesen kleinen Episoden des Bürgerkrieges liegt viel mehr Heldentum verborgen, als man auf den ersten Blick hin glaubt.

Der General Caminero

Der General don Juan Garcia Caminero befand sich auf einer Inspektionsreise nach dem Norden, als der Aufstand ausbrach. Er war fünfundsiebzig Jahre alt. Sein Stabschef, General Ramirez, begleitete ihn. Auf die Nachricht vom Aufstand hin teilte Caminero von Astorga aus dem Gouverneur von León telefonisch mit, daß er in Astorga eine Kolonne von Bergarbeitern zur Verfügung habe. Dann fuhr er nach León, befehligte das Infanterieregiment und den Flugplatz, nahm von den Truppen begeisterte Hodeuse auf die Republik, vom Plakommandanten General Vojch die Versicherung entgegen, daß die Situation absolut sicher zugunsten der Regierung sei. Dann kam die Nachricht, daß Burgos und Valladolid, die er als nächste Garnisonen hätte inspizieren sollen, abgefallen seien. Er beschloß, zurückzukehren und bestellte für den folgenden Tag ein Militärflugzeug.

Aber am anderen Morgen gab man auf die Frage, ob der Apparat bereit sei, ausweichende Antworten. Caminero wurde mit Recht mißtrauisch und beschloß, mit dem Wagen abzureisen. Es blieb nur der Weg über Portugal. Er fuhr über Ciudad Rodrigo, um bei Salamanca die Grenze zu erreichen. Aber sowohl der Hauptmann der Carabineros (Grenzgendarmen) in Salamanca wie die Grenzposten und das Polizeipersonal standen auf der Seite der Verräter. Die Generale fehlten also um und fuhren rückwärts, in Richtung des Dorfes. Unterdessen wurden sie plötzlich von Wehrmännern beschossen, deren Schüsse den Wagen durchlöchernten, ohne die Offiziere zu verletzen. Die Schützen waren regierungstreue Ar-

beiter und hielten die beiden Generale für Anhänger der Rebellen, die zur Südmaree wollten. Sie nahmen Caminero und Ramirez gefangen und führten sie nach dem Dorf Nequejo. Von dort wurden sie später nach einem anderen Dorf, Lubian, gebracht. In Nequejo wie in Lubian wollte das Volk sie — als Rebellen — lynchen, aber die Leiter des Syndikats retteten sie. In Lubian war die Guardia Civil regierungstreue und übernahm die beiden Gefangenen. Caminero hat den Korporal, drei Briefe an den Innenminister, an Largo Caballero und den spanischen Vorkämpfer in Portugal abzugeben.

Diese Briefe überzeugten schließlich die Leute von ihrer Regierungstreue; man schaffte die beiden Generale in ein vier Kilometer vor dem Ort liegendes einsames Haus und gab ihnen eine Wache bei. Sie sollten dort warten, bis ein Flugzeug käme, um sie abzuholen. Ihre Lebensgefahr war aber noch nicht zu Ende. Caminero hatte bereits in Nequejo dem dortigen Führer der Guardia Civil einen Brief an den Innenminister übergeben. Der Korporal sandte ihn aber statt nach Madrid an die Rebellen, und so erfuhren die den Aufenthaltsort der beiden Offiziere. Diese waren inzwischen — aus Sicherheitsgründen, da ihr Aufenthaltsort in der Umgegend bekannt geworden war — nach zwei Tagen wieder ins Dorf Lubian zurückgebracht und im Haus des Arztes untergebracht worden. Eines Morgens erschien ein Typarot aus León und warf sechs Bomben ab. Andere Rebellen besetzten das zur Landung des Flugzeugs, auf das die Generale warteten, bestimmte Feld, so daß an einen Abtransport auf dem Luftweg nicht zu denken war. Schließlich gingen die Weiden zu Fuß in Begleitung einiger Einwohner von Lubian vierzig Kilometer zur Grenze und erreichten dann über Portugal Madrid.

Mit Parteibuch und marxistischer Literatur durchs Rebellengebiet

Der Wegbauingenieur don Federico Morozimenez und seine Frau dona Maria Luisa Vrabo waren zur Erholung in dem kleinen Kurort Sobron, Provinz Burgos, Molero Jimenez gehörte der kommunistischen Partei an. Die Arbeiterorganisationen riefen abends alle ihre Mitglieder durchs Radio auf, sich sofort bei der nächsten proletarischen Gruppe zu melden. Molero Jimenez nahm ein Taxi und fuhr nach dem nächstgelegenen Städtchen Miranda de Ebro. Er bekam den Befehl, sich am nächsten Morgen um zehn Uhr zu stellen, da er im militärischen Organisationsdienst verwendet werden sollte. Als er am anderen Tag in Miranda de Ebro eintraf, war der Ort in den Händen der Faschisten. Sie hatten ihn in der Frühe mit 500 Mann besetzt. Molero sah die Führer der Arbeiterorganisationen gefesselt an sich vorbeiziehen. Sie sahen ihn an; keiner verriet durch eine Miene, daß er ihn kenne. Als Molero und seine Frau einige Stunden später im Auto wieder durch die Stadt kamen, mit dem Ziel Madrid, erfuhren sie, daß fünfundvierzig Proleten erschossen worden waren. Es waren noch keine vierundzwanzig Stunden her, seitdem ihn die Führer, die jetzt neben ihren Gefangenen lagen, verpflichtet hatten.

Unterdessen flüchtete der Ingenieur den Chauffeur über seine Person und Bestimmung auf. Seine Frau steckte die Mitgliedsbücher der proletarischen Organisationen, die ihren Mann der Kugel ausgeliefert hätten, zwischen Fußsohle und Strumpf. Einen Koffer mit revolutionärer Literatur konnte man freilich nicht so leicht verschwinden lassen. Er wurde, waghalsig, mitgeführt.

Nachts, in Burgos, wurden sie angehalten. Molero sagte: „Ich bin Einwohner von Sobron. Meine Frau hat eine komplizierte Schwangerschaft, es geht um Tod oder Leben, und jede Minute ist wichtig. Nur der Doktor Luque in Madrid kann sie retten.“ Der Führer der Rebellen sah die bleiche Frau im Wagen und verschaffte den Flüchtlingen einen Passierschein des Rebellenregimentes. Sie besaßen sich weiterzukommen. Vier Kilometer außerhalb der Stadt vergruben sie den Koffer mit der belastenden Lektüre. Zwischen Burgos und der Somosierra wurden sie dreizehnmal angehalten; ihr faschistischer Passierschein rettete sie immer.

In der Somosierra gerieten sie in heftiges Infanteriefeuer. Wie sie später von Hirten erfuhren, war es wahrscheinlich Feuer der Regierungstruppen, denn die Faschisten beschossen im allgemeinen nur die Wagen, die nach Norden fuhren, weil sie annahmen, daß die nach Süden fahrenden Verbindungsleute zur Südmaree transportierten.

Bei den ersten republikanischen Linien angekommen, wurden die Flüchtlinge arretiert. Die verschiedenen Mitgliedsbücher wurden vom Bürgermeister des Ortes Quirago eher als belastend denn als entlastend angesehen. Zum Glück trafen aber zwei Militärkolonnen ein. Der Bürgermeister übergab ihnen seinen Gefangenen mit den Worten: „Da hab ich einen Faschisten. Schaut nur, was für einen Haufen Mitgliedsbücher er hat, um uns irrezuführen.“ Die Führer der Kolonnen prüften die Bücher, und Molero war gerettet.

Hingerichtet

Der zwanzigjährige José Lorente Granero, Arbeiter, Mitglied der UZ, trat in die Miliz ein, wurde von den Rebellen gefangen-

genommen und erschossen. Soweit ist nichts besonderes an seinem Schicksal; es war das Schicksal vieler. Nicht jeder aber ist nach seiner Hinrichtung aufgestanden und zu seinen Kameraden zurückgekehrt.

Seine Angehörigen bekamen eine Karte: „Ich gehe an die Front, um für die Republik zu kämpfen. Vergeßt mich nicht.“ Er schrieb nicht: „denk an mich“, sondern: „erinnert euch immer an mich“; er rechnete nicht damit zurückzukehren. Die Schwestern weinten, die Mutter seufzte, der Vater, ein alter Arbeiter, sagte: „Es war seine Pflicht.“

Bei einem Geplänkel war er isoliert und gefangen worden. Einer der Rebellen wollte kurzen Prozeß machen, ihn niederschleichen. Aber ein Offizier und ein Korporal verhinderten ihn daran. „Hier wird niemand ohne Anordnung der Führung erschossen.“ Der Gefangene wurde vor den General geführt; der Leutnant meldete, daß er einen Gefangenen gemacht habe; der General sagte schlicht: „Erschießen!“, und José wurde abgeführt, in die Nacht hinaus. Vom Hotel, in dem der General hauste, weg, ein Stüchchen ins Freie; dann sagte der Leutnant: „Los, Kamerad, geh ein paar Schritte voraus!“ (Nach der Methode „Erschießung auf der Flucht“, deutsches Reichspatent.) José ging fünf Schritte, dann fielen zwei Schüsse. Er stürzte und hörte den Offizier sagen: „Ich werde ihm für alle Fälle noch einen Gnadenschuß geben.“ Er trat an den Liegenden heran und schoß ihm mit der Pistole ins Genick. Dann kehrten alle zum Hotel zurück.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Günstige Prognose für das heurige Jahr

Exposé des Gouverneurs Dr. Engliš auf der Generalversammlung der Tschechoslowakischen Nationalbank

Unter zahlreicher Beteiligung und in Anwesenheit des Finanzministers Dr. Kalous als Vertreter der Regierung fand Samstag die vom Gouverneur Dr. A. Engliš eröffnete XI. ordentliche Generalversammlung der Tschechoslowakischen Nationalbank statt.

Gouverneur Dr. Engliš befaßte sich in seinen Darlegungen zuerst mit den ausländischen politischen und wirtschaftlichen Ereignissen im abgelaufenen Jahre und verwies darauf, daß die Währungs- und Weltwirtschaftskrise in einer Zeit schwerer internationaler politischer Krisen vor sich geht. Kriegserische Maßnahmen stellen auch weiterhin ein. Stärkung der Autarkiebestrebungen hat, welche ein Hindernis der Erneuerung des internationalen Handels bleiben. Neben den negativen Auswirkungen der Aufrüstung sehen wir jedoch auch positive Resultate: für gewisse Produktionsgebiete ergeben sich aus ihr in erster Linie eine Erhöhung der Beschäftigung, im internationalen Handel eine wesentliche Steigerung der Einfuhr- und Ausfuhrquoten in Form von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigwaren. Allerdings stellen die Ausgaben für die Rüstungen, wiewohl sie vorläufig eine Belastung zur Folge haben, schließlich doch schwere Opfer der Nationen dar, denn sie reproduzieren keineswegs die investierten Kapitalien.

Welthandel bleibt hinter Produktionsausweitung zurück

Der Gouverneur befaßte sich sodann mit dem Komplex der Weltwährungsfrage und den Ereignissen des vergangenen Jahres und erklärte in diesem Zusammenhang:

Der Vereinbarung Frankreichs mit England und Amerika ging die richtige Erkenntnis voraus, daß eine Stabilisierung der Währungen mit einer Lockerung der Hindernisse im internationalen Güteraustausch Hand in Hand gehen müsse.

Die Währungsregelung hatte einen günstigen Einfluß auf die Höhe des kurzfristigen Kredits, während sich der langfristige Geldmarkt nicht wesentlich gebessert hat. Die Komposition der Staatsschuld nach vorangegangener Konversion und der Erfolg der Staatswertpapieremissionen bilden in dieser Hinsicht einen lichten Punkt. Auf die wirtschaftliche Aktivität übergehend, führte der Gouverneur aus, daß der

Umfang des internationalen Handels hinter der Steigerung der Weltproduktion zurückbleibe, aus welchem Grunde von einer Weltkonjunktur nicht gut gesprochen werden könne. Die Besserung der industriellen Erzeugung wird auf zehn Prozent geschätzt, während die Steigerung des Welthandels bloß acht Prozent betrug.

Die kräftigen Kurssteigerungen reifen die Wirtschaft zu einer Spekulation auf hohe Konjunktur mit, wie dies aus der Lage auf den Weltaktienmärkten ersichtlich ist.

Die tschechoslowakischen Währungsmaßnahmen

Was die Tschechoslowakei anbetrifft, bildete die zweite Abwertung im abgelaufenen Jahre das wichtigste Ereignis auf dem Währungsbiete. Das Ausmaß der Devaluation in Frankreich und in der Schweiz wurde von der Regierung und von den gesegneten Körperschaften als auch für unsere Nationalwirtschaft notwendig betrachtet, sollte sie gegenüber den Ländern des Goldblocks nicht in eine ungünstige Konkurrenzlage gedrängt werden. Anfangs

Pepe Lorente Granero lag da und kämpfte mit der Ohnmacht. Er schlug die Augen auf, als er von neuem Schritte hörte. Ein Posten spazierte auf und ab, kam bis auf zwei, drei Meter an ihn heran, lehnte um. Er stellte sich zehn Meter entfernt auf und kam nicht mehr zurück; in der Nähe eines Toten war's ihm nicht recht wohl. Pepe lag eine Stunde bewegungslos. Dann rührte er sich langsam. Müden und Brust schmerzten, das Gesicht brannte. Das Blut rieselte über seinen Rücken. Er rief ein Stüd seines Hemdes los und fand es um den Hals. Es regnete. Er richtete sich mühsam auf und begann sich davonzuschleichen. Nach einigen Schritten fiel er in Ohnmacht. Kam wieder zu sich und nahm seinen Marsch wieder auf. Langsam, langsam, die Hände auf die schmerzenden Wunden gepreßt, schleppte er sich weiter. Er kam der Front näher, hörte die Schildwachen sprechen. Stodie, hielt denn an, schlich sich vorüber. Er hatte keine Orientierung mehr. Als er ein Dorf erreichte, wußte er nicht, in wessen Hand es sei. Der Weg stieg an; von irgendetwas kam Infanteriefeuer. Er duckte sich hinter einen verlassenen herumschwebenden Wagen und wurde wieder ohnmächtig.

Als er zu sich kam, hörte er einen Motor. Er richtete sich auf, sah ein Auto näherkommen, laumelte in die Mitte des Wegs. Der Wagen hielt, Bewaffnete sprangen ab; er wußte nicht, waren es Freunde oder Feinde, rief: „Wieder, helf mir; ich verblute!“ Sie fingen ihn auf; er war bei den Seinen.

Max Barth.

September des Vorjahres hat dann die Finanzverwaltung gemeinsam mit der Nationalbank das Devisenbewilligungsverfahren auch auf eine Reihe von Rohstoffen ausgedehnt, da die Devisenbestände einerseits aus Spekulationsgründen, andererseits infolge des der erhöhten natürlichen Wirtschaftstätigkeit entstehenden Bedarfs zusammengeschrumpft sind. Auch sonst war die Nationalbank um eine Besserung der technischen Position der Währung und Erhöhung der Liquidität des Exportinflusses besorgt. Dierher gehören die Anregungen zur Regelung der Normen im Goldhandel, der Regelung des Zahlungsvorganges mit den Clearingländern und nach der Devaluation die Anregung zur Lockerung des Devisenbewilligungsverfahrens.

Ein großer Fortschritt besteht darin, daß das Bewilligungsverfahren für die Einfuhr zentralisiert wurde und daß es nach der Devaluation zu einer großen Einfuhrfreigabe kam.

Die zweite Abwertung brachte eine neuerliche Aufwertung der Goldbestände des Zettelinstituts; aus dem höheren Wert wurde ein neuer Devisenvorrat geschaffen. Wesentlich fiel diese Aufwertung dem Staate zu, der sie als ständige Einlage bei der Nationalbank belieh. Der Devaluationsprofit an Gold in den Händen der Privatbanken fällt der Nationalbank zu und wird heuer für die Defiziten einfließend werden.

Der Umfang des tschechoslowakischen Außenhandels

Im Jahre 1936 hat sich gegen das Jahr 1935 um 12,5 Prozent, gegen das Jahr 1933 vor der ersten Abwertung um 38,2 Prozent erhöht. Er ist größer gewesen, als die Steigerung des Welthandelsumfanges. Allerdings ist die Einfuhr um 17,3 Prozent angewachsen, die Ausfuhr dagegen um bloß acht Prozent. Neue Ausfuhr aber, an welcher uns besonders gelegen ist, hielt mit der Entwicklung des Weltausenhandels gleichen Schritt.

Die verschiedene Entfaltung der Einfuhr- und der Ausfuhr hat unser Handelskonnium auf bloß 111 Millionen vermindert, was für die Deckung unseres Passivfalls in den internationalen Zahlungen einen ungenügenden Betrag darstellt. Dabei ist dieses Aktivum von 111 Millionen Kč in Clearing-Ländern gebunden und für eine Begleichung des Passivfalls, das im Verkehr mit dem freien Auslande besteht, nicht verwendbar. Erfreulich ist hierbei allerdings, daß sich das Aktivum gegen das freie Ausland nicht aus einem Rückgang der Ausfuhr ergibt, nachdem diese Ausfuhr sogar um 14,5 Prozent angestiegen ist, sondern vielmehr aus den erhöhten Bezügen aus diesen Ländern, die sich um 22 Prozent gesteigert haben.

Die Frage einer Pflege des Außenhandels war auch weiterhin akut. Mit den Organisationen wurde über Befreiung der Handelssteuern verhandelt, es wurden Anstrengungen zwecks Erhöhung der Rohstoffzufuhr aus den Clearingländern, namentlich aus den Staaten der Kleinen Entente, respektive auch zwecks finanzieller und organisatorischer Hilfeleistung bei der Erschließung der natürlichen Schätze dieser Länder, gemacht, um dadurch die Zahlungsmöglichkeit für unsere weitere Ausfuhr zu verbessern. Es erfolgten Anstrengungen zwecks Umbau des Clearingsystems auf

ein Kompensationsystem. Das Exportinstitut entfaltete auch weiter eine erhöhte Tätigkeit.

Mit Recht ist zu erwarten, daß die zweite Devaluation für unsere Ausfuhr im kommenden Jahre einen mächtigen Antrieb darstellen wird.

Der Geldmarkt

Für den glänzendsten Beweis für die Tragfähigkeit der tschechoslowakischen Volkswirtschaft. Diese Tragfähigkeit hat sich bei allen Proben bewährt, sei es nun die erhöhte Unternehmeraktivität, der gesteigerte Bedarf des Staates für laufende, Investitions- und Wehrbedürfnisse, oder die Gewährung von Krediten an das Ausland, die Regelung der Zinssätze, die Umfinanzierung der gesamten Staatsschuld in einer Inflationsanleihe und schließlich die Abwertung selbst. Der Dank hierfür gebührt der großen Sparsamkeit des Volkes sowie den vorangegangenen Maßnahmen, durch welche die Liquidität des Geldmarktes selbst unter den schwierigsten Verhältnissen gesichert wurde. Die Kasse und das Rückgrat des gesamten Geldmarktes lag auf dem Marke der Staatsbanknoten, die einen wesentlichen Teil der Bestände der Geldinstitute darstellen. Der Geldmarkt wird von der Reskontostelle gemeinsam mit dem Konsortium der großen Geldinstitute und der Nationalbank erfolgreich reguliert. Sollte der Finanzminister seine Absicht verwirklichen und eine Amortisationskassa der Staatsschuld errichten, so wird dadurch zur Liquidität der Staatspapiere weiter wesentlich beigetragen. Die neuingerichteten Kreditarten bei der Nationalbank, nämlich direkte Kredit für die Industrie und namentlich Exportkredite, zeigen eine allmähliche Entfaltung. Für den Geldmarkt sind weiterhin zwei Ereignisse von Bedeutung, d. h. die Einführung einer Kreditlinie bei der Nationalbank und die Mobilisierung des Geldmarktes durch Vermehrung der staatlichen Bierscheine auf 1200 Millionen Kč.

Die wirtschaftliche Besserung

Alle Anzeichen zeugen dafür, daß der wirtschaftliche Fortschritt, den wir im abgelaufenen Jahre gemacht haben, die Besserung der zwei letzten vorangegangenen Jahre übertroffen hat. Die Besserung geht auch aus dem Eisenbahnverkehr, aus dem Rückgang der Zahl der Konsumverle, aus dem gesteigerten Verbrauch von Kohle und Eisen und aus den zunehmenden Umsätzen im Schiffs- und Bankenverkehr hervor. Besonders ausdrucksvoll zeigt sich die Besserung in den Staatseinnahmen, woraus hervorgeht, daß das Gleichgewicht in der Staatswirtschaft gesichert ist, falls die Ausgabenseite stabilisiert wird. Die Preisentwicklung erfährt hauptsächlich infolge der erhöhten wirtschaftlichen Aktivität im abgelaufenen Jahre eine Befestigung.

Zum Schluß erklärte der Gouverneur, daß das Jahr 1936 eine kurze, jedoch wichtige Periode unserer Wirtschaftspolitik abschließt. Sie bedeutet für uns in der Geschichte der Weltkrisis den Übergang zu einer erfolgreichen Wendung zum Besseren. Im Interesse der weiteren Entwicklung muß man mit der Regierung darin einig sein, daß nicht zugelassen werden darf, daß bei uns die Preise und alles, was dahinter steht, steigen.

Hierauf wurden der Jahresbericht und die Bilanz der Tschechoslowakischen Nationalbank sowie der Antrag auf Verteilung des für das Jahr 1936 mit 34.529.113,85 Kč ausgewiesenen Reingewinnes genehmigt. Es gelang eine Dividende von 210 Kč pro Aktie zur Ausschüttung, was einer annähernd 6,22prozentigen Verzinsung des eingezahlten Aktienkapitals entspricht.

Die Aufgaben der Gewerkschaften und die Vereinigung der Gewerkschaftsbewegung

Die Vertretung der Gemeinsamen Landeszentrale OSE kam in ihrer Sitzung vom 26. Febr. 1937, nach Behandlung des Berichtes des Sekretärs über die Bestrebungen über die Vereinigung der Gewerkschaftsbewegung, zu folgendem Schluß: Der Bericht des Zentralsekretariates bestätigt die erfreuliche Entwicklung der in der Gemeinsamen Landeszentrale OSE vertretenen Gewerkschaftsorganisationen. Die Wirtschaftskrise, unter der in den letzten Jahren die Gewerkschaftsbewegung leidet, hat nicht nur ihre Kräfte nicht gebrochen, sondern sie im Gegenteil zu höchster Anspannung entfaltet. Es waren und sind dies immer die Hauptfragen: Schutz und Steigerung des Lebensniveaus, Beschaffung von Arbeit und Arbeitslosenfürsorge, denen die Gewerkschaftsorganisationen an der Spitze mit ihrer Zentrale nicht nur ihre größten moralischen Kräfte, sondern auch die größten materiellen Mittel gewidmet haben und widmen. Die Gewerkschaftsorganisationen konnten sich natürlich nicht nur mit den Maßnahmen zufrieden geben, die die Folgen der Wirtschaftskrise mildern würden, sondern haben auch Wege der Wirtschaft- und Handelspolitik verlangt und vorgeschlagen, durch die die Mittel der sozialpolitischen Schutzes ergänzt und die Probleme planmäßig gelöst würden, die Arbeitsgelegenheiten sicherstellen und dauernd vermehren, insbesondere auch die gerechte Verteilung der Einkommen garantieren würden.

Die Erfahrungen, die in diesem Kampfe um ein höheres Lebensniveau und um die Sicherung einer gesunden Wirtschafts- und Sozialpolitik gewonnen wurden, haben täglich gezeigt, wie schädlich die Zerstückelung der Gewerkschaftsbewegung wirkt und wie ihre Kräfte durch die in verschiedenen Weise vorgehenden Organisationen geschwächt werden. Daher hat auch die Gewerkschaftszentrale alle ihre Aufmerksamkeit den Aufgaben gewidmet, die auf diesem Gebiete die vorgehenden Gewerkschaftskongresse, namentlich auch der Kongreß im Jahre 1934, ausgezeigt haben.

Die Vertretung der Gewerkschaftszentrale bestätigt, daß der Zentralgewerkschaftsrat im Sinne dieses Kongreßbeschlusses auch vorgegangen ist und begreift mit Befriedigung die günstigen Ergebnisse seines Bestrebens. Namentlich in den Organisationen der graphischen Hilfsarbeiterschaft und der Gassekretariatisten kam es zur Verschmelzung, der bisher nebeneinander existierenden Organisationen. Sie trägt daher dem Zentralgewerkschaftsrat auf, in diesem Sinne fortzufahren und die Vereinigung der verwandten Gewerkschaftsverbände zur Schaffung einheitlicher Gewerkschaftsorganisationen zu verfolgen.

Die Vertretung nimmt auch den Bericht über die zwecks Vereinfachung der gegenseitigen Beziehungen und der Schaffung der Einheit im Rahmen der Gemeinsamen Landeszentrale zwischen den Zentralverbänden und den durch Vermittlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Reichsberg bei der Gemeinsamen Landeszentrale vertretenen deutschen Verbänden geführten Verhandlungen zur Kenntnis. Sie spricht die feste Hoffnung aus, daß diese Verhandlungen in Kürze beendet sein und zu einer weiteren Vereinigung der Gewerkschaftsorganisationen im Rahmen der Gemeinsamen Landeszentrale beitragen werden.

Die Vertretung behandelte ferner den Beschlus des Gewerkschaftskongresses der Polen Gewerkschaften vom 6. und 7. Febr. 1937, wodurch die auf diesem Kongreß vertretenen Organisationen Verhandlungen mit OSE zu dem Zweck anbieten, um in die einheitlichen Gewerkschaftsorganisationen im Rahmen des OSE überzutreten.

Die Vertretung der Gewerkschaftszentrale kann in Verfolgung des Gedankens der Vereini-

gung der Gewerkschaftsbewegung nicht über Anträge verhandeln, durch die nur weitere Vertiefung in die Gewerkschaftsbewegung getragen werden. Soll daher dieser Beschluß nicht nur als ein Apatitionsmoment betrachtet und als Entscheidung, durch die das bisherige zerrückte Vorgehen dieser Organisationen wieder zugemacht werden würde, ernst aufgefaßt werden, dann muß unbedingt sichergestellt werden, daß es sich hier nicht um eine parteipolitische, von der tatsächlichen Entscheidung der kommunistischen Partei erfolgte Anregung, sondern um die eigene Entscheidung der Gewerkschaftsorganisationen handelt. Dabei muß als unabweidliche Folge des Kongreßbeschlusses vom 7. Febr. d. J. namentlich der Beschluß des Kongresses dieser Partei im Jahre 1923 abgelehnt werden, durch den die Aufgaben und Richtlinien ihrer Mitglieder in den Gewerkschaftsorganisationen bestimmt wurden. In diesem Beschluß wurde damals ausdrücklich angeführt:

„Alle Mitglieder der Partei sind verpflichtet, sich im Sinne der kommunistischen Grundzüge in ihren Gewerkschaftsorganisationen zu organisieren und zu arbeiten. Die kommunistischen Mitglieder in den Gewerkschaftsverbänden müssen planmäßig nach den Weisungen und Direktiven der Parteiorgane vorgehen und sind durch die Parteidisziplin gebunden. Oberstes entscheidendes Organ über das Vorgehen der Kommunisten in den Gewerkschaften ist der Parteivorstandsausschuss, der die Arbeiten in den Gewerkschaften durch die Vermittlung seiner Gewerkschaftsleiter leitet.“

Wenn nun die Vereinigung der Gewerkschaftsorganisationen, die in der Zentrale der Industrieverbände vertreten sind, nur zu dem Zweck

Die gemeinsame Landeszentrale - ur Arbeitslosefürsorge und anderen dringenden Fragen der Sozialpolitik

Die Vertretung der Gemeinsamen Landeszentrale betonte in ihrer Sitzung am 26. d. M. neuerlich, daß die Gewerkschaften insbesondere die produktive Arbeitslosenfürsorge verlangen, das heißt die Erweiterung und Vermehrung von Arbeitsangelegenheiten und ihre zweckmäßige Verteilung. Deshalb verlangen sie u. a. auch die Verkürzung der Arbeitszeit besonders in jenen Branchen, in welchen die Rationalisierung eine immer größere Zahl menschlicher Arbeitskräfte ausschleudert. Ebenso wichtig ist es, die Heberbeitarbeit, insbesondere in den Kleingewerblichen Betrieben, einzuschränken.

Die Vertretung der G. L. hält es für unerlässlich, daß bei der bevorstehenden weiteren Regelung der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge die Pflicht der Arbeitgeber zu einem Beitrag zur Arbeitslosenunterstützung eingehend werde. Vor allem dadurch, daß jede Maßnahme, sei sie technischer oder wirtschaftlicher Natur, durch welche die Arbeitsgelegenheit beschränkt wird, angemessen zugunsten der Arbeitslosenfürsorge besteuert wird.

Die Vertretung nimmt den Bericht über die von der Gewerkschaftszentrale vorgelegte Anträge zur Kenntnis und betont die Forderung, daß der Regierungsbeschluß, durch den die Entscheidung der Gewerkschaften über die Unterstützungsordnung eingeengt wurde, aufgehoben werde. Sie stellt fest, daß dieser Beschluß vielfach die angemessene Regelung — nicht nur zum Schaden der Gewerkschaftsmitglieder, sondern auch der staatlichen Finanzverwaltung — unmöglich macht. Die Vertretung konstatiert, daß sie den Anträgen der Zentrale zustimmt, die zur weiteren Vereinfachung des Staatsbeitrages zur

Verlangt überall VOLKSZÜNDER SOLO A.S.I. Beschäfte, die in anderen Landesstellungen infizieren, aber den Goz'aldemokrat nicht berücksichtigen, betonen damit, daß sie die wirtschaftliche Bedeutung des Konstrukt unserer Väter noch nicht erkannt haben oder nicht erkennen wollen. Zeilina lesen heißt, auch den Angehörigen beachten und beim Einkauf die Interessen berücksichtigen. Niemand wird sich Geschäften ausbreiten, die Arbeiterfurcht nicht zu schätzen wissen

Verlangt überall VOLKSZÜNDER SOLO A.S.I. (Image of a matchbox with a flame)

Ergebnisse des I. Winterwettbewerbes für Personen- u. Lastwagen des AKRCS. PERSONENWAGEN: KI. bis 1000 ccm: ERSTER - ŠKODA POPULAR; bis 1500 ccm: ERSTER - ŠKODA RAPID; über 2000 ccm: ERSTER - ŠKODA SUPERB. LASTWAGEN: KI. über 1500 kg: ERSTER - ŠKODA 506 PL. TEAMS: ERSTE - ŠKODA (Popular, Superb, 254 D) - ŠKODA (Popular, Rapid, 254 D). ERSATZTREIBSTOFFE: ERSTE - ŠKODA (Zwei 254 Diesel, ein 506 PL). 21 ŠKODAWAGEN am Start, 21 ŠKODAWAGEN am Ziel, 21 goldene Plaketten. ASAP - Werk Mladá Boleslav

durchgeführt werden sollte, diese Richtlinien zu erfüllen, so würde das die Gewerkschaftsbewegung nicht stärken, im Gegenteil nur neuerdings zerschlagen und ihre Tätigkeit untergraben. Aus diesem Grunde trägt die Vertretung dem Zentralgewerkschaftsrat auf, in seiner Antwort auf das Angebot der Polen Gewerkschaften auf dem Grundsatze zu beharren, daß für die Mitglieder der in OSE vertretenen Gewerkschaftsorganisationen keine anderen Richtlinien, Grundzüge und Beschlüsse Geltung haben können als die des OSE, seiner Kongresse und der berechtigten leitenden Organe.

Die Gewerkschaftsorganisationen können zwar die wichtigen Ereignisse des öffentlichen Lebens nicht übergehen, bei denen oft unter dem Begriff einer bestimmten politischen Frage sich auch wirtschaftliche und soziale Kämpfe abspielen. Daher müssen die Gewerkschaftsorganisationen ihre Meinung auch im politischen Kampf aussprechen, ohne Rücksicht auf die politische, religiöse oder nationale Zugehörigkeit in ihren Reihen. Dieser Grundsatze der Gewerkschaftsbewegung darf nicht verletzt werden, ihre Funktionäre und Mitglieder müssen sich bei ihrer Entscheidung nach dem gemeinsamen Interesse, den Beschlüssen und der Disziplin der Gewerkschaftsorganisation, nicht aber nach Weisungen richten, die durch die parteipolitische Disziplin diktiert werden. Die Vertretung der Gemeinsamen Landeszentrale OSE beharrt auf diesem Grundsatze und verpflichtet den Zentralgewerkschaftsrat, nur auf dieser Grundlage das Bestreben um die Vereinigung der Gewerkschaftsbewegung zu verfolgen, und den angeschlossenen Verbänden in diesem Sinne auch die notwendige Weisungen zu geben.

Ausland

Der „Mississippi-Plan“. (M.) Durch die schwere Katastrophe im Mississippital sind so große Werte vernichtet worden, daß die bereits vom Kongreß bewilligten Summen nur zur Behebung der äußersten Not ausreichen, keinesfalls aber dazu, um Vorkehrungen gegen Wiederholung solcher Verwüstungen zu treffen. Präsident Roosevelt hat darum dem Kongreß einen großzügigen Plan vorgelegt, der neben der Stromregulierung des Mississippi, Ohio, Arkansas und Missouri durch Talperren eine Wiederanforchtung der Einbruchgebiete vorsieht. Die Arbeiten, für die 2 1/2 Milliarden Dollar veranschlagt sind, sollen in den nächsten sechs Jahren ausgeführt werden. — Dadurch, daß der neue Plan sowohl in seinen Zielen, wie auch in seinem Kostenaufwand den Umfang einer solchen Maßnahme in Amerika wesentlich überschreitet, wird er zu einer politischen Entscheidung. Die Ausführung des Planes stellt den Kongreß vor die Notwendigkeit, mit der Bewilligung dieser 2 1/2 Milliarden Dollar auch einen Vorentscheid in einer anderen Sache zu treffen, nämlich in der Schaffung eines Ministeriums für Leffentlich: Arbeiten, denn der Mississippi-Plan macht Organisations- und Arbeits-einheitsmaßnahmen erforderlich, die weit über den Rahmen der bestehenden Einrichtungen hinausgehen. Man ist sich in Washington zwar der Unterstützung der Anliegerstaaten des Mississippi und des Ohio in diesem Projekt sicher, da sie ja die eigentlichen Nutznießer sind, es bleiben aber noch weitergreifende politische Fragen offen, an deren Klärung auch andere Staaten interessiert sind. — Der Plan bietet die Möglichkeit einer großzügigen Arbeitsbeschaffung mit zentraler Leitung. Der Einatz großer Arbeitslosennmassen dafür, die Wiederbelebung der Citizens Conservation Corps, des Arbeitsdienstes und die Entlohnung aus öffentlichen Mitteln, dies alles sind Fragen, die das Wesen der amerikanischen Staatsverfassung berühren und einen Teil der allgemeinen Pläne Roosevelts zur Neugestaltung der USA darstellen. Daher ist Roosevelts Vorlage nicht nur ein Gefühlsschrei an den Kongreß, sondern zugleich eine Mahnung an die große Mission, die er mit Unterstützung der Abgeordneten zum Wohle der USA erfüllen will.

Englische Luftabwehr-Kadets. Die britische Regierung richtete an alle Amateure ein Zirkular in Form eines Memorandums, in welchem sie anordnet, daß alle Vorbereitungen zur Schaffung einer gesamtstaatlichen Organisation getroffen werden, der die Aufgabe obliegen soll, mindestens 100.000 gründlich ausgebildeter Personen für den Luft- und Branddienst aufzustellen und die im Falle des Krieges bei der Bewältigung der durch Fliegerbomben verursachten Brände tätig sein sollen. In Vertretung dieser Organisation soll schon in aller nächster Zeit geschritten werden. Die Regierung verspricht für die Durchführung der Organisation ausgiebige Unterstützung. Es wird eine besondere Feuerwehrlösung geschaffen werden, für deren Übungen geeignete Übungsplätze errichtet werden. Auch soll das notwendige Material für die Ausrüstung dieser Feuerwehrlösung bereitgestellt werden.

Sofia. In Plewen in Nordbulgarien wurden zwei Soldaten wegen Verlassens der Wache zum Tode verurteilt. In dem gleichen Prozeß sind drei Bauern aus Mikopol wegen Spionage zugunsten eines Nachbarstaates verurteilt worden, und zwar einer zu lebenslänglichem Kerker, die übrigen zwei zu einem Jahre sieben Monaten schweren Kerkers.

Ein Tatsachenbericht aus den berüchtigtsten Konzentrationslagern „Staatliches Konzentrationslager VII von H. Hinzsch gebunden Kč 48.— „Dachau“ von Walter Hornung gebunden Kč 54.— Zu beziehen durch die: Zentralstelle für das Buchwesen Praha XII., Slezská 13.

